

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktages. Abonnementpreis mit Illustr. Beilage „Wort u. Welt“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspreis 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 40

Fernruf: 005 nur Redaktion, 026 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtspaltige Zeile über deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 40 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 40

Fernruf: 026 nur Geschäftsstelle, 005 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 285

Montag, 7. Dezember 1925

32. Jahrgang

Hindenburg wirbt um die Sozialdemokratie

Die programmatische Krise

Berlin, 5. Dezember.

Amlich wird mitgeteilt:

Reichstanzler Dr. Luther brachte heute nachmittags 6 Uhr dem Reichspräsidenten die Demission der Reichsregierung. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen und ersuchte den Reichstanzler und die Reichsminister, bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiterzuführen.

Eine sofortige Beauftragung des bisherigen Reichstanzlers Dr. Luther mit der Bildung des neuen Kabinetts ist danach, entgegen vielfachen Ankündigung, nicht erfolgt. Der Reichspräsident will vielmehr zuvor unter Wahrung der streng konstitutionellen Formen, den Reichstag und seine Parteien hören.

Hindenburg tritt in Aktion

Berlin, 6. Dezember.

Der Reichspräsident empfing am Sonntag mittag im Zusammenhang mit dem Rücktritt der Regierung Luther den Reichstagspräsidenten Genossen Löbe, um mit ihm die parlamentarische Lage zu erörtern. Reichspräsident von Hindenburg gab im Verlauf der Unterredung der Hoffnung Ausdruck, daß es bald möglich sein werde, eine neue Regierung zu bilden. Wie wir von zuverlässiger Seite hören, beabsichtigt der Reichspräsident auf die Bildung der großen Koalition hinzuwirken. Er ist der Auffassung, daß die Sozialdemokratie in die Regierung einbezogen werden muß, um dem neuen Kabinett eine möglichst breite Grundlage zu geben. In Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung hält er das für unbedingt erforderlich.

Berlin, 7. Dezember. (Radio.)

Der Reichspräsident empfing heute vormittag um 10 Uhr die Genossen Hermann Müller und Dittmann als Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer kurzen Besprechung über die Neubildung der Regierung. Der Reichspräsident verwies auch ihnen gegenüber darauf, daß er aus allgemein wirtschaftlichen und politischen Gründen die Bildung der großen Koalition als die gegebene Lösung der Krise betrachte. Er ersuchte die sozialdemokratischen Vertreter weiter, ihm, falls das heute noch nicht möglich sei, möglichst bald Mitteilung von ihrer Stellungnahme zur Bildung der großen Koalition zu machen. Genosse Müller erwiderte dem Reichspräsidenten, indem er die Erfahrungen mit der ersten großen Koalition auseinandersetzte und ihm klarlegte, daß die Volkspartei bisher zur Frage der großen Koalition den Anschein erwecke, als sei sie ausgesprochene Gegnerin einer Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung. Im übrigen dürfte auch in der Fraktion auf Grund der Erfahrungen ein Widerstand zu erwarten sein. Der Reichspräsident nahm diese Erklärung zur Kenntnis und bat die Fraktionsführer zum Schluß noch einmal, ihn am Mittwoch nach der Entscheidung des Parteiausschusses und der Fraktion umgehend von der Stellung der Partei in Kenntnis zu setzen. Die Unterredung dauerte nur eine Viertelstunde. Anschließend wurden die Deutschnationalen als zweitgrößte Partei empfangen.

schließend wurden die Deutschnationalen als zweitgrößte Partei empfangen.

Lübeck, 7. Dezember.

Das hätte mal einer vor einem halben Jahr erzählen sollen, daß der Generalfeldmarschall v. Hindenburg noch im Jahre seiner Wahl seinen persönlichen Einfluß einsetzen würde, um die Sozialdemokratie zum Eintritt in die Regierung zu bewegen! Und das im ausgesprochensten Gegensatz zu seinen deutschnationalen Freunden von gestern! — Denn das ist kein Geheimnis mehr. Die Deutschnationalen haben ganz andere Pläne; sie möchten jetzt noch ein bißchen Krise, ein bißchen Weiterwuscheln des Herrn Luther — und dann, wenn der Restkammerummel gegen Locarno etwas verklungen und der Eintritt in den Völkerbund vollzogen ist, wieder ran an die Futterkrippe!

Aber Hindenburg hört nicht mehr auf sie; er geht andere Wege; er bemüht sich um die Sozialdemokraten.

Die ganze Situation ist so grotesk, daß der politisch geschulte Arbeiter sich sofort fragt: Was steckt dahinter? — Will der alte Krieger uns vielleicht in eine Falle locken? — So ein bißchen „mairische Seen“ mit der Sozialdemokratie spielen?

Nun, dem alten Hindenburg trauen wir solche taktische Geistesfreiheit auf dem Gebiet der hohen Politik nicht zu. Er mag wohl eingesehen haben, daß mit den Deutschnationalen keine Politik zu machen ist; und, wenn er's auch sicher nicht gern tat, subjektiv ist seine Aufforderung an die Sozialdemokratie wohl ehrlich gemeint.

Aber, seine eigene Initiative ist's sicher nicht gewesen. Ein anderer muß ihm diesen Gedanken eingegeben haben; und wer kann dieser andere sonst sein als Herr Luther, dessen bestimmender Einfluß auf den im Spiel der Parteien kindlich unerfahrenen Alten männiglich bekannt ist? Und wie ehrlich der es mit der Arbeiterschaft meint — darüber ist man sich wohl klar.

Ein neues Kabinett Luther-Stresemann mit ein paar sozialdemokratischen Ministerkollegen, die man ja wieder ausbooten kann, wenn die Zeit reif ist, das würde durchaus auf seiner Linie liegen. Wie man das Ausbooten macht, das wissen wir ja von 1923 her.

Auf jeden Fall haben wir keinerlei Verantwortung, uns von Herrn Hindenburg in der Linie der sozialdemokratischen Politik beeinflussen zu lassen. Und wir sind gewiß, daß Parteiausschluß und Reichstagsfraktion sich bei den bevorstehenden Entscheidungen einzig und allein davon leisten lassen werden, was das Interesse der in der Sozialdemokratie organisierten Massen erheischt.

Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß das nicht die „große Koalition“ ist. Mag uns ein Hindenburg noch so ehrlich einladen, mögen uns die Herren Luther und Stresemann noch so freundliche Augen machen, — wer da meint, mit ihnen zusammen praktische Politik für das Volk und für die Arbeiterschaft machen zu können, der ist wahrhaftig um seinen Optimismus zu beneiden.

regierung auf Herabsetzung der Zinsfüße für öffentliche Gelder zu dem weiteren Ergebnis geführt, daß sich den Vereinbarungen zur Zinsherabsetzung der öffentlichen Gelder nicht nur die überwiegende Zahl der Länder vorbehaltlos angeschlossen hat, sondern auch die kommunalen Spitzenverbände, der Deutsche Städtebund, der Reichsstädtebund und der Deutsche Landkreistag sowie das Geldinstitut des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die Deutsche Girozentrale, ihnen vorbehaltlos beigetreten sind.

Man wird die Gesekentwürfe selbst abwarten müssen, um beurteilen zu können, welchen Wert die von Luther hinterlassene Erbschaft hat.

Neue Kriegsgefahr im Orient

Um Moskau.

Paris, 5. Dezember.

Der Entwicklung des englisch-türkischen Konflikts wegen Moskau, dessen Lösung auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundes steht, sieht man in Frankreich mit um so größerer Beforgnis entgegen, als nach den vorliegenden Meldungen die Türkei, die bereits erklärt hat, daß sie die Unabhängigkeit des Völkerbundes nicht anerkenne, in auffälliger Weise für eine bewaffnete Lösung zu rufen scheint. So soll sich nach einem Telegramm nach dem Iranfliegeramt eine türkische Militärkommission nach Moskau begeben haben, während gleichzeitig der russische General Kameneff inognito in Angora weilte. Allerdings habe es, so fügt das Blatt der Nachricht hinzu, den Anschein, daß Rußland, das gegenwärtig jede Reibung mit den Westmächten vermeiden zu wollen scheint, trotz dem zwischen Moskau und Angora bestehenden militärischen Abkommen im Augenblick wenig Neigung zeigt, es an der Seite mit der Türkei zu einer Kraftprobe mit England kommen zu lassen.

Locarno und die Wirtschaftspolitik

von Arter Crispian

In England war die Unterzeichnung der Verträge von Locarno von Feierlichkeiten begleitet. In Frankreich wurde Briand mit Jubel empfangen. In Deutschland haben sich die deutschnationalen, die völkischen und die kommunistischen Nationalisten mit ihrer Heke gegen Locarno isoliert und blamiert.

Chamberlain führt die Außenpolitik einer konservativen Regierung. Briand lehnt sich rechts an. Luther ist Führer einer Rechtsregierung. Es könnte verwunderlich erscheinen, daß rechtsorientierte Staatsmänner einen Weg der Abkehr von der Politik des Blul und Eisens betreten haben. Doch die Dinge sind sofort klar, wenn wir uns daran erinnern, daß die Politik wirtschaftliche Grundlagen hat. Damit haben wir auch gleich auf die Ursachen hingewiesen, die die nationalpolitischen Treibereien gegen Locarno von vornherein unwirksam machen mußten. Die Nationalisten aller Schattierungen operierten mit Worten wie: die „nationale Ehre“ verbiete jedem Patrioten „mit Feinden auf Freund“ zu sein und anderen mehr oder weniger moralisch oder stichlich aufgedonerten Phrasen. Es ist kein Zufall, daß sich selbst deutschnational orientierte Wirtschaftskreise gegen die sachlich völlig unbegründete deutschnationale Propaganda auflehnen.

Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten drüben den Vertretern der beteiligten Regierungen zur Unterschrift der Verträge von Locarno die Federn in die Hände.

Nun soll Politik „im Geiste von Locarno“ betrieben werden. Da ist ein großes Werk gelassen ausgeprochen.

Es wäre nun wohl darauf zu achten, daß kein Paragraph und Artikel der Verträge von Locarno formell verletzt würden? So hätten wir den schönsten Frieden. Alles würde gut sein.

Doch; wirtschaftliche Not und soziales Elend heulen durch die Gassen. Hungernde schreien nach Arbeit und Brot. Notstandsmaßnahmen werden getroffen. Gewiß, solche Maßnahmen müssen geordert, ihre Durchführung erzwungen werden. Was aber geschieht darüber hinaus gegen die Wirtschaftskrise?

Locarno wird nichts sein, wenn nicht durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik die europäische Wirtschaftseinheit erreicht wird.

Sie nur kann das Fundament bilden für die Vereinigten Staaten von Europa als Ausgangspunkt für die Interessensolidarität aller Kontinente. Eine solche internationale Wirtschaftspolitik hat ihre innerpolitischen Konsequenzen. Man kann nicht außenpolitisch das Zusammenleben, das Rit- und Zureinanderarbeiten der Völker durch politisch-juristische Verträge friedlich regeln wollen und innerpolitisch diese Bemühungen durch einen reaktionären Kurs droffeln. Der „Geist von Locarno“ verlangt eine Politik, die sich national und international ergänzt.

Worauf es ankommt, darüber ist sich die sozialistische Arbeiter-Internationale einig. Sie hat sich an ihren Tagungen mit den in Betracht kommenden Problemen theoretisch und praktisch auseinandergesetzt.

Die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte in den Vereinigten Staaten von Amerika, der Uebergang von der Kohle zum Öl, vom Dampf zur Elektrizität, hat Europa rückständig gemacht. Dazu kommt die durch eine weitgehende Verkrüftung der amerikanischen Industrie besser organisierte Produktionsweise und großzügiger durchgeführte Arbeitsteilung. Weiter das Aufkommen neuer Industrien in früheren Abnehmerländern auf anderen Erdteilen. Aus den Kriegsfolgen ergaben sich für Europa weitere Nachteile, Vernichtung von Handelsbeziehungen, Währungsverfall, wirtschaftliche und finanzielle Belastungen, Veräumerung der Kaufkraft der breiten Massen und alle sonst oft genannten Verlesendungserscheinungen.

Und die kapitalistischen Regierungen? Und die sie stützenden kapitalistischen Parteien? Was taten sie gegen Not und Elend? Sie betrieben eine Politik, durch die die Not nur größer wurde. Ihre Friedensvertragsmaßnahmen, ihre Reparationsmethoden, ihre Kriegsschuldentreibungen und ihre Schutzpolitik verhinderten eine Ueberwindung der Krisenwirkungen. Der „Geist von Locarno“ steht die entsprechende Abkehr von solchem Tun voraus.

Die Veruche der kapitalistischen Gewalthaber der allgemeinen Krise durch Lohnbrud, verlängerte Arbeitszeit und verschärfte Ausbeutung der Arbeitskräfte zu begegnen, sind Todsünden gegen den „Geist von Locarno“. Im Gegensatz dazu sind nationale und internationale Maßnahmen zur gegenseitigen Sicherung des achtstündigen Arbeitstages notwendig. Der Arbeitsmarkt bedarf ebenfalls einer internationalen Regelung im Zusammenhang mit den Fragen des internationalen Arbeiterschutzes und der Einwanderung. Die Währungs- und Kreditfragen, die Fragen der Rohstoffversorgung und des freien Warenverkehrs zwischen den Völkern sind weitere Probleme, die nur durch eine

Luther macht sich einen schönen Abgang

Neuer Preisabbauwider.

Amlich wird mitgeteilt:

Zu der Sonnabend-Sitzung des Reichskabinetts wurde noch eine Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Angelegenheiten erledigt. Die Regierung verabschiedete einen Gesekentwurf zur Förderung des Preisabbaus, der nunmehr sofort dem Reichsrat vorgelegt werden wird. Der Gesekentwurf enthält:

1. Bestimmungen über einen Vergleich zur Abwendung des Konkurses unter Aufhebung der Verordnung über die Geschäftsaufsicht;
2. Vorschriften gegen die Ausbeutung bei der Vergütung von Aufträgen im Wege der Ausschreibung;
3. Beseitigung der Ausnahmestellung der Zwangsorganisationen, die bisher nach der Kartellverordnung den Einwirkungsmöglichkeiten der Reichsregierung und des Kartellgerichts nicht unterliegen;
4. Bestimmungen, die hinsichtlich der Einwirkungsmöglichkeiten des Staates die Innungen und Innungsverbände den Kartellen in gewissem Umfang gleichstellen;
5. Vorschriften über das Festhalten von Brot zu festem Gewicht.

Diese gesetzlichen Maßnahmen haben sich bei Durchführung der Preisabbauaktion als notwendig erwiesen. Die zur Verfügung stehenden verwaltungsmäßigen Mittel hat die Reichsregierung zur Herbeiführung des für erforderlich erkannten Preisabbaus selbstverständlich sämtlich angewendet. Diese Mittel reichten aber zur Erzielung des angestrebten Erfolges nicht aus. Der vorgeschlagene Gesekentwurf soll die Preisgestaltung in der Wirtschaft weiterhin im Sinne einer für die Gesamtheit gesunden Entwicklung beeinflussen.

Wie außerdem verlautet, haben die Bestrebungen der Reichs-

Als ergänzende nationale und internationale Politik zu lösen sind.

Der „Geist von Locarno“ verpflichtet. Ihm ist nicht gerecht zu werden, ohne wenigstens ein Stück wirtschaftlicher Demokratie zu gewähren. Der Arbeiterklasse muß ein Mitbestimmungsrecht durch ihre beruflichen politischen und gewerkschaftlichen Vertreter an der Organisation der Wirtschaft und der immer notwendiger werdenden Kontrolle des Reichs über die kapitalistischen Interessengemeinschaften eingeräumt werden. Die Vertretung Deutschlands im Völkerbund kann ebenfalls nicht ohne Beteiligung der Arbeiterklasse geregelt werden.

Wir täuschen uns nicht darüber, daß in bürgerlichen Kreisen die Erkenntnis von dem Unvermeidlichen der Erfüllung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten vielfach noch unklar ist, daß viele dieser Fragen noch heiß umstritten sind oder schroff abgelehnt werden. Wie es eines zähen Kampfes der sozialistischen Arbeiter-Internationale bedürfte, um die kapitalistischen Regierungen zu einer Politik der Verständigung zu zwingen, so wird es auch eines harten Ringens bedürfen, um die ökonomische Untermauerung, die autokratische Wirtschaftseinheit und politische Krönung der Verständigungspolitik, die Vereinigten Staaten von Europa herbeizuführen, und deren innerpolitische Ergänzungen zu verwirklichen. Es muß sich zeigen, welche Parteien willig und entschlossen sind, Locarno in Wahrheit zu einem Anfang einer neuen geschichtlichen Epoche zu machen.

Die Sozialdemokratie wird auch weiterhin ihre raffe Aktivität entfalten im Kampf gegen die Reaktionen auf allen Gebieten, für die allgemeine Wohlfahrt.

Kampf gegen die Not

Sozialdemokratische Hilfsanträge im preussischen Landtag angenommen

SPD. Berlin, 5. Dezember.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages hat zur Unterstützung der Kurzarbeiter, die oft tage- und wochenlang ohne Unterbrechung aussetzen müssen und in ihrem Einkommen vielfach noch schlechter gestellt sind als die Vollerwerbslosen, schon vor einigen Wochen einen Antrag eingebracht, der das Staatsministerium ersucht, schleunigst mit dem § 1 Absatz 2 der Verordnung über Erwerbslosenunterstützung vom 16. Februar 1924 Gebrauch zu machen und die Gemeinden zu veranlassen, eine Fürsorge für Kurzarbeiter einzurichten.

Dieser Antrag wurde vom Hauptauschuß unter Hinzufügung der Worte „Auf Grund der von der Reichsregierung zu erlassenden Regelung“ angenommen. Ebenso fand Annahme die sozialdemokratische Forderung, die Höhe der Kurzarbeiterunterstützung im Verhältnis zu der Erwerbslosigkeit der Kurzarbeiter festzusetzen. Für die

Unterstützung der Zeche „Alte Hase“

im Amte Hattingen, die in dem Jahre vollständig neu eingerichtet wurde und jetzt an das Kohlenprekariat verkauft und endgültig stillgelegt werden soll, fordert der Hauptauschuß vom Staatsministerium die Vorlegung eines Notgesetzes auf Grund dessen dem Inhaber der Zeche die Stilllegung unterzagt und die Weiterführung des Betriebes im vollen Umfange gesichert wird. Einmalig notwendig werdender Kredit ist in Höhe bis zu drei Millionen Mark sicher zu stellen.

Verzweiflungskampf der Beamenschaft

SPD. Berlin, 5. Dezember.

Der Berliner Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat zu dem am kommenden Dienstag abend 8 Uhr auf dem Berliner Gendarmenmarkt stattfindenden Beamtendemonstration folgenden Aufruf an die Beamten und Beamtinnen herausgegeben:

„Weber die Not der Beamten in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen noch ein Wort zu verlieren, ist nicht nötig, denn die Totallosigkeit ihrer Lage und ihrer Verschuldung ist zu offenkundig. Auch die Regierung hat sie amtlich anerkannt. Das Besoldungsrecht vom Juni 1924, das Euch zu den minimalen Stabilisierungsschätzern 17 Proz. Aufbesserung und den oberen Gruppen 71 Proz. brachte, war die Ursache, zu dem großen Beamteneid der Jahre 1924-25. Seit einem Jahre verweigert die Regierung jede Nothilfe. Trotz gefüllter Reichskassen läßt man die Beamten der unteren Gruppen verkommen. Die Preisabnauktion ist wirkungslos geblieben. Verzweifelt hofft die notleidende Beamenschaft auf Hilfe des Reiches. Es hat allen Anschein, daß man Euch wiederum jede Hilfe verlagern will. Denkschriften, Versammlungen, Petitionen, Bitten haben keinen Zweck mehr.“

Worte sind genug gesprochen, die Geduld der notleidenden Beamten ist zu Ende. Heraus zur Demonstration!

Der Aufruf ist in seiner Schärfe symptomatisch für die verzweifelte Stimmung, die das Reichsfinanzministerium durch die Verschleppung der Besoldungsregelung bis zum 9. Dezember noch gesteigert hat. Die unteren und mittleren Beamten brauchen sofort Hilfe, unbedingt noch vor Weihnachten, und zwar Erhöhung der laufenden Bezüge, damit nicht neue Schulden gemacht werden müssen. Die bürgerlichen Parteien des Reichstages und das Reichsfinanzministerium sollten nun allmählich wissen, wie viel es geschlagen hat und den Beamten in der Besoldungsfrage endlich entgegenkommen.

Ein großartiges Parteiprogramm

Die bayrische Volkspartei kann alles

SPD. München, 6. Dezember. (Eig. Draht.)

Am Sonnabend hielt die bayrische Volkspartei in München ihren Landesparteitag ab, auf dem die bedeutendsten Persönlichkeiten der Partei sich eingehend über die politische Lage in Bayern und im Reich äußerten. Die Deffenlichkeit war, wie üblich, von förmlichen Verhandlungen des Parteitag ausgeschlossen. In seinem Rückblick auf die politischen Ereignisse während der letzten Jahre bezeichnet der Parteivorsitzende die Parole Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl als eine schwere Belastungsprobe für die Partei. Im übrigen habe das Volk jetzt andere und dringlichere Sorgen als die Wiederherstellung der Monarchie.

Das Programm der Partei läßt in bezug auf die Staatsform mit Abtät alles offen.

Der größte Teil der Parteifreunde würde wohl noch wie vor auf dem monarchischen Standpunkt, aber darin sei man sich einig, daß eine Verbernung des verfassungsmäßigen Zustandes nur auf verfassungsmäßigen Wege herbeigeführt werden dürfe.

Dann sprach der Domkapitular Lecht als Vorsitzender der Reichstagsfraktion. Er erklärte u. a.: „In der grundsätzlichen Einstellung der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei zur Reichsregierung hat sich leider keine bessere Grundlage für die bayrischen Wünsche erreichen lassen, vor allem deshalb nicht, weil die Deutsche Volkspartei als die Erbin des früheren Liberalismus ganz auf den Gedanken der Umwandlung und Zentralisierung eingestellt ist und bei der Vertretung der Lan-

Parteitag der Demokraten

Der peinliche „Fall Gehler“ / Reiner Linksrad bei der Vorstandswahl

Breslau, 5. Dezbr. (Eig. Draht.)

Der Parteitag der Demokraten brachte in seinem weiteren Verlaufe eine Reihe kleinerer Referate. Aus ihnen verdient eine Rede des bekannten Lehrer-Politikers Wolff für die laudable Durchführung des Einheitsgedankens und ein Referat des Abgeordneten Frau Dr. Bäumer für die Idee der internationalen Verantwortlichkeit in der Politik, ohne die innerhalb des Völkerverbundes Deutschland nicht fruchtbar mitarbeiten könne, hervorgehoben zu werden. In der Debatte über den Vortrag von Professor Hellpach, soweit er dem katholischen Volksteil die innere demokratische Einstellung abgeprochen hatte, recht schlecht weg. Im Namen katholischer Demokraten legte z. B. Dr. Rauecker-Verlin eine recht wirksame Verwahrung gegen diese gekünstelte Geschichtsdeutung Hellpachs ein.

Auch der Parteivorstande Koch rückte zum Schluß noch einmal höflich aber deutlich von Hellpachs Konfessionstheorie ab. Koch gibt dann am Sonnabend vormittag in einem größeren Referat eine Art von Programmrede. Er stellte der Weltanschauung Europas den Gedanken der europäischen Solidarität gegenüber, die in der Durchführung der Locarno-Verträge erst noch zu bewähren sei. Zur inneren Politik suchte er den Fall Gehler durch eine prinzipielle Erklärung aus der Debatte auszuschalten. Gehler sei die republikanische Gesinnung nach seinem Verhalten im Kapp-Putsch auf keinen Fall abzusprechen. Aber es sei richtig, daß er gegenüber der Reichswehr reichlich konservativ geworden sei. Die Demokraten hätten aber bereits bei der letzten Regierungsabstimmung erklärt, daß sie sich durch Gehlers Tätigkeit im Reichswehrministerium nicht an das Kabinett gebunden fühlten. Sie könnten daher die Verantwortung für die Gehler-Politik ablehnen. Andererseits sei es unmissig, die Probleme der Reichswehrpolitik durch Parteipolitik-Resolutionen gegen Gehler fördern zu wollen, die Koch mit entsprechenden Urträgen auf unserem sozialdemokratischen Parteitag gegen Gehler vergleichen zu können glaube. Ob die Gehler-Debatte nach dieser parteipolitischen Mißbilligung der Politik des Reichswehrministers unter Vermeidung von Ausschluß- und sogar von Mißbilligungsanträgen tatsächlich erledigt ist, wird sich erst im weiteren Verlauf des Parteitages zeigen. In warmen Tönen warb Dr. Koch schließlich für den Gedanken der Großen Koalition.

Ein Referat des badischen Reichstagsabgeordneten Dietrich über Wirtschaftspolitik bewegte sich im Geiste eines fortschrittlichen Unternehmers, der Redner wandte sich gegen übertriebene Hoffnungen auf Auslandskredite, die allzu leicht preissteigernd wirken könnten und dadurch wiederum den deutschen Export erschweren würden. Nur Betriebe der Industrie und die kredit-

würdige Landwirtschaft müßten allerdings erweiterte Reichsrechte erhalten. Im übrigen verlangte Dietrich vor allem starken Abbau der nicht direkt produzierenden Gruppen, mozu er erhebliche Teile des Handels, des Versicherungswesens und der öffentlichen Beamtenkörper rechnet.

Breslau, 7. Dezember. (Radio.)

Der Parteitag der Demokraten fand am Montag seinen Abschluß. Aus der letzten Rede sind die Bemerkungen des preussischen Finanzministers Höpfer-Wischoff hervorzuheben, der die von seinem Ministerium angebahnte Verständigung mit den Hohenzollern über ihre Abfindung offenbar selbst nicht sehr erfreulich findet, da auch er hier die gleiche Regelung durch den Reichstag vorzieht und nur bei dessen Verlagen Preußen auf den Vergleich angewiesen glaubt.

Im übrigen sprach der preussische Finanzminister etwas vorsichtiger über Steuererhältnisse als seine Parteifreunde aus dem Unternehmertum. Die jetzt angebahnte Reform der Hauszinssteuer beurteilt er so optimistisch, daß er darin gerade die Umwandlung zu einer Inflationssteuer sieht.

Der aus den Hirsch-Dunderschiden Gewerkschaften hervorgegangene Abgeordnete Erlelenz wandte sich scharf gegen die Landwirtschaftspolitik des Grafen Kanitz, der mit der letzten Aufwendung von 65 Millionen dem Großgrundbesitz nur die Hochhaltung der Getreidepreise erleichtert. Er protestierte auch lebhaft gegen das vom Zentrumminister Braun geleitete Reichsarbeitsamt, das sozialpolitisch ideenlos sei. Er selbst meinte allerdings auf dem Wege direkter Verständigung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in verschiedenen Fragen zurzeit mehr für die Arbeitererschaft herauszuholen, als mit der Reichsgewalt würde zu erreichen sein.

Der alte Pazifistenführer Quide wies bereits auf gewisse Tendenzen hin, die seiner Meinung nach — im Gegensatz zu der des Abgeordneten Haas — eine friedliche Revision der deutschen Ostgrenzen ermöglichen. In seinem grundsätzlichen pazifistischen Bekenntnis erhielt er die Zustimmung des Parteivorstandes Koch. Aus dem Geschäftsbericht des Hauptgeschäftsführers Stefan ist zu ersehen ein Mitgliederbestand von 135 000 zahlenden Parteiangehörigen, die allerdings nach dem Vorschlag des Parteivorstandes Dr. Fischer-Röll nur 5 Pfg. an den Berliner Parteivorstand abführen müssen. Bei der Neuwahl des Parteivorstandes wurde Koch zum ersten Vorsitzenden gewählt, Erlelenz und Fischer-Röll zu Mitvorsitzenden, während die in der „Liberalen Vereinigung“ mit Volksparteilern zusammenschließenden Landtagsabgeordneten Fischer-Berlin und Sparrer-Mürnberg nicht wieder in den Vorstand gewählt wurden.

Reminiscenzen eines Abgewerteten



„Deutscher Fürst müßte man gewesen sein und ausgeritten nach dem Kriege, wie sich gehört — oder während der Inflationszeit mit vielen anderen unerschämmt das arme Volk ausgeplündert haben — am besten ausgerissener, unerschämter, deutscher Fürst sein, dann könnte man auch heutezulage in Saus und Braus schwelgen.“

derrechte im Reichstag die allergrößten Schwierigkeiten macht. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei sieht geschlossen auf dem Standpunkt, daß Richter wieder mit der Kabinetsbildung beauftragt werden sollte, und zwar sollte er sein Kabinett auf der Basis der augenblicklichen Regierung, also eine Minderheitsregierung, bilden.

Der Weg zum wahren Frieden

Ausgangspunkt der zweiten und dritten Rheinlandzone?

SPD. Berlin, 6. Dezember.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein Europa Deutschlands, die Bezugsfrist für die zweite und dritte Zone zu verkürzen, in Paris nicht mehr auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen dürfte. Sobald ein solcher Antrag von entsprechenden Interessenten begleitet wäre. Was Garinier nach dieser Richtung vertritt, ist in erster Linie ein Entgegenkommen auf wirtschaftlichem Gebiet in Form eines der französischen Ausfuhr-interessierten tragenden Handelsvertrages sowie eine Befreiung der von Deutschland auf Grund des Dawesplanes geschuldeten Zahlungen auf dem Wege einer Mobilisierung wenigstens eines Teiles der von der Reparationskommission überbehaltenen deutschen Eisenbahnobligationen. Wenn auch in Anbetracht der geringen Annehmlichkeit der internationalen Geldmärkte natürlich nicht die Rede sein kann, den Gesamtbetrag dieser Obligationen in Höhe von 12 Milliarden Mark flüssig zu machen, so hält man es in Paris doch für möglich, in verhältnismäßig kurzer Zeit noch und noch 3 bis 4 Milliarden mit Hilfe der amerikani-

sehen und vielleicht auch der englischen Großfinanzen mobilisieren zu können. Die wesentliche Entlastung, die dadurch der französische Haushalt erföhre, würde es nach Auffassung kompetenter Beurteiler der französischen Regierung ermöglichen, den deutschen Wünschen nach einer schnelleren Befreiung des Rheinlandes von dem Druck der fremden Besatzung sehr weit entgegenzukommen.

Eine Freundesstimme aus Paris

SPD. Paris, 6. Dezember. (Eig. Draht.)

Der als einer der mutigsten Vorläufer des Pazifismus in Frankreich bekannte General Bercin veröffentlicht am Sonntag in der „Volonte“ einen Artikel, in dem er die sehr berechtigte Auffassung vertritt, daß die seit Locarno von den Staatsmännern Frankreichs und Deutschlands immer wieder beteuerte platonische Bereitschaft zur Verständigung nicht genüge, um eine wahre Verständigung zwischen den beiden Völkern herbeizuführen, sondern konkrete Voraussetzungen, deren Erfüllung in erster Linie bei der französischen Regierung liege. Die wahrhafte Bedeutung sei, daß man entschlossen einen Strich unter die Vergangenheit lege und aufhäre, sich gegenseitig der schlimmsten Absichten zu verdächtigen. Beide Regierungen müßten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln der Verleumdungskampagne der nationalistischen Parteien ein Ende machen und alle Verbindungen der Feindschaft und des Hasses, die die Beziehungen der beiden Völker aufs neue zu vergiften suchten, unterbrechen. In London habe Briand im Anschluß an die Unterzeichnung der Verträge der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sie das Bewußtsein der internationalen Solidarität fördern und auf diese Weise dazu beitragen würden, die von Mißtrauen und Argwohn diktierten Vorkehrungsmaßnahmen verschwinden zu lassen. Hierzu gehöre in erster Linie die Befreiung des Rheinlandes, deren Fortdauer unvereinbar sei mit dem Geiste von Locarno und vom Gesichtspunkt der militärischen Sicherheit aus vollkommen zwecklos sei. Eine wirkliche Verständigung zwischen den beiden Völkern sei weiter nicht möglich, solange die Legende von der Allein Schuld Deutschlands am Kriege nicht aus der Welt geschafft werde. Tatsächlich sei durch die bisher veröffentlichten diplomatischen Dokumente unzweifelhaft bewiesen, daß eine der Hauptursachen des Krieges der Wunsch des nationalistischen Frankreich gewesen sei, Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen, was nach Lage der Dinge nur mit Waffengewalt geschehen konnte. Die Pflicht einer demokratischen französischen Regierung, die wirklich die deutsch-französische Verständigung und Versöhnung wolle, sei es deshalb, selbst die Initiative zur Revision des Artikels 231 des Friedensvertrages zu ergreifen. Unvereinbar mit dem Geist der Verständigung sei es endlich, daß man in Frankreich den Tag der Niederlage und des Zusammenbruchs Deutschlands als nationalen Feiertag feiere. Der Gedanke der Solidarität verlange, daß das Fest der Wiederherstellung des Friedens in Deutschland und Frankreich feierlich begangen werde und sich zu diesem Zwecke die Regierungen auf einen in beiden Ländern zu einem Nationalfeiertag zu proklamierenden Datum einigten. Als geeigneten Tag schlägt Bercin den 8. November vor.

Ein Friedensangbot des Draufgänger?

Paris, 5. Dezember.

„New York Herald“ veröffentlicht eine Devische aus Kairo, nach der die Ankunft des neuen französischen Oberkommissars in Syrien, de Jouvenel, in Damaskus zeitlich zusammenfällt mit einem Friedensangebot des Führers der Drusen. Seine Vorschläge sollen wie folgt lauten:

1. Wiedereinführung des früheren Regimes für das Libanongebiet.
2. Abschaffung der Politik, Syrien in verschiedene Verwaltungseinheiten aufzuteilen.
3. Räumung des Gebietes der Drusen durch die französischen Truppen.
4. Einberufung der gesetzgebenden Versammlung zwecks Regierungsbildung.
5. Abschluß eines französisch-syrischen Handelsvertrages.
6. Amnestie für alle politischen Verbrechen.
7. Zahlung einer Kriegsschuldigung.

Paris, 7. Dezember. (Radio.)

Die französische Offensiv gegen das Hauptquartier der Drusen, Haibana, hat nach heutigem, 24 stündigem Kampf zu der Einnahme der Stadt geführt. Die Drusen haben sich in das Gebirge geflüchtet.

Amerika im Völkerverbund?

(Von unserem Korrespondenten.)

Washington, 26. November.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Locarno hat die amerikanische Umarmung, daß für jeden Schritt, der Europa dem Frieden näher bringen soll, eine amerikanische Führung notwendig sei, widerlegt. Nun ist Deutschland ohne amerikanische Duldung und ohne seine Ratifizierung im Begriff, in den Völkerverbund einzutreten und seinen Platz im Völkerverbund einzunehmen. Millionen von Amerikanern bilden neuerdings wieder auf zu dieser verbündeten Welt von Nationen, in der sie teilweise schon heute die Erfüllung ihrer Hoffnungen auf menschliche Gerechtigkeit erblicken. Jene noch zahlreicheren Millionen aber, die in dem Völkerverbund nichts weiter als eine Verewigung des allfälligen Krieges angesehen haben, der danach Frankreich, Europa, Afrika und Asien für immer durch die Fesseln von Versailles zu binden, heißen jetzt den Schritt Deutschlands willkommen.

Amerika selbst beginnt jedenfalls sich mit dem Völkerverbund zu befreunden und ihn in den Rahmen seiner praktischen Erwägungen einzubeziehen. Viel Mißtrauen muß allerdings noch beseitigt werden, ehe im amerikanischen Volk das Gefühl der Verachtung und die Empfindung der Unschicklichkeit gewichen ist, die mit dem Gebilde des Völkerverbundes, wie es der Versailler Vertrag erkennen ließ, verbunden waren. Die Erfahrungen, die Deutschland mit dem Völkerverbund machen wird, werden die amerikanische Haltung zu diesem Gebilde stark beeinflussen. Wenn Deutschland bei seinem Versuch, ein gesundes Europa wiederherzustellen und einen wirklichen Frieden zu erreichen zu helfen, bereitwillige Unterstützung und Hilfe durch den Völkerverbund findet, dann wird der amerikanische Argwohn zweifellos bald zu schwinden beginnen.

Senator Borah, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats und der hervorragendste Wortführer des amerikanischen Liberalismus, bleibt vorläufig immer noch der große Skeptiker gegenüber dem Völkerverbund. Er glaubt daß Engländer und Franzosen mit Locarno lediglich eine Isolierung Russlands bezwecken und auf den Vertrag nur zustimmen, um Deutschland in eine Front gegen Russland zu bringen. Auf der anderen Seite sieht er in Russland nicht nur einen scharfen Gegner der territorialen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages, sondern hält eines Tages auch die Aufnahme Russlands in den Völkerverbund für unumgänglich notwendig, wenn der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas sichergestellt werden soll. Im übrigen ist das Vertragswerk von Locarno für Borah vor allem eine offensichtliche Bestätigung des in Versailles begangenen Unrechtes und ein Beweis, daß der Völkerverbund bisher nicht den Mut gehabt hat, die Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages bei dem richtigen Namen zu nennen und mit den richtigen Mitteln zu beheben.

Schon der verstorbene Senator Lodge, Borahs Vorgänger, als Vorsitzender im Auswärtigen Ausschuss, wußte im amerikanischen Senat den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerverbund zu verhindern. Er warnte, wie einst George Washington, vor einer Einmischung in die verwickelten europäischen Verhältnisse, um die Vereinigten Staaten nicht abhängig zu machen von der Gnade der europäischen Politik. Senator Borah selbst verlangt eine durchgreifende Entwaffnung Europas, bevor für Amerika eine Mitgliedschaft im Völkerverbund in Frage kommt. Um einen Druck zugunsten der Entwaffnung auszuüben, vertritt er eine Politik rücksichtsloser Schuldeneintreibung gegenüber den europäischen Schuldstaaten, also vor allem Frankreich und Italien. Auf diese Weise hofft er, dem von Waffen strotzenden Militarismus in Europa den Garaus zu machen und dadurch der alten Welt die wirkliche Freiheit zu bringen. Erst dann wird seiner Auffassung nach die wirtschaftliche und soziale Wiedergeburt Europas möglich sein.

Auch dem Präsidenten Coolidge liegt die Entwaffnung der europäischen Militärstaaten sehr am Herzen. Er will durch die von ihm betriebene Abrüstung die Ausgaben der europäischen Schuldnerstaaten herabmindern und sie so in den Stand setzen, ihren finanziellen Verpflichtungen der neuen Welt gegenüber mehr als bisher nachzukommen. Als Folge verspricht er sich eine weitere Stärkung der amerikanischen Wirtschaft und zwar so, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern sein wird, wo die Führerschaft der Vereinigten Staaten in der jungen Welt unbestritten anerkannt ist. Dann wäre nach offizieller amerikanischer Auffassung der Zeitpunkt für einen Eintritt in den Völkerverbund gekommen, um in ihm die Führerschaft zu übernehmen. In der breiten Masse des amerikanischen Volkes ist dieser Gedanke allerdings noch nicht reif. Aber durch das Vertragswerk von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund dürfte auch im politischen Denken Amerikas Rückwirkungen nach dieser Richtung ausgelöst werden.

Die deutsche Auto-Industrie

Die diesjährige Berliner Auto-Ausstellung am Kaiserdamen hat nicht wie in den Vorjahren eine Fülle von technischen Neuerungen gebracht. Wenn man aber bedenkt, daß eine Periode hastigen Experimentierens hinter uns liegt, so ist das vielleicht zu begrüßen. Wo in diesem Jahre Neuentwicklungen, z. B. in der Konstruktion, festgelegt werden können, handelt es sich durchweg um eine Verallgemeinerung bereits praktisch erprobter Maßnahmen. So ist die Ferradbremsen, die vor nicht allzu langer Zeit die Firma Maybach zum erstenmal an ihren Wagen anbrachte, allgemein durchgeföhrt. Das gleiche gilt auch von der Ballonbereifung, zu der die Personenvagen fast ohne Ausnahme übergegangen sind (während in der Herstellung ist die Caoutchouc- und Guttapercha-Compagnie), während sich bei den Lastkraftwagen die Aufbereitung fast allgemein durchgeföhrt hat. Dasselbe gilt für die Scheibenräder, mit denen auch Brennavor und Opel ihre Serienwagen versehen, und von der Einführung der elektrischen Beleuchtung beim Anlassen. Hier sind die Erzeugnisse der Firma Bosch erwähnenswert. Sie sind ohne Zweifel sehr gut, technisch durchaus überlegen — aber gegenüber dem Ausland u. a. für Lichtanlagen sehr teuer. Weniger zu beachten ist die Innenlimousine, die mit der Möglichkeit einer Innenheizung für den Chauffeur vermehrten Schutz vor Witterung usw. bringt. Gestörter als das Problem der Innenlimousine scheint die Frage der Rins- oder Rehsitzsteuerung zu sein. Auf der Ausstellung finden wir sehr viele Wagen, bei denen die Rinssteuerung durchgeföhrt ist.

Alles das sind recht beachtenswerte Fortschritte. Auch die Steigerung der Produktion ist seit der letzten deutschen Auto-Ausstellung im Winter 1921 stark fortgeschritten. Von vielen Firmen wird versichert, daß sie infolge vorgenommener Rationalisierung im Verlauf eines Jahres in die angenehme Lage versetzt worden sind, das Vielfache mit derselben Beleg-

schäftsstärke zu produzieren. Die Werke in Chemnitz stellen z. B. in diesem Jahre täglich 15 Wagen her, im Vorjahre lieferten sie mit der gleichen Belegkraft täglich nur 5 Wagen. Der Fortschritt kommt dadurch zum Ausdruck, daß sich die Erzeugungsmöglichkeit, die im vorigen Jahre 30 000 Wagen pro Jahr betrug, heute auf 120—130 000 Wagen gesteigert hat. Die Bedeutung der Bandfabrikation nachfordrigem Muster zeigt sich aber daran erkennen, daß von diesen 130 000 Wagen die Firma Opel mehr als 50 000 Wagen erzeugt. Fortschritte, wie sie bei Opel gemacht worden sind, können aber recht wertvolle Werte aufweisen. Auf diesem Gebiet dürften nur die Reichsteine (Brennavor-Brandenburg) und vielleicht auch noch die Aga auf wesentliche Leistungen zurückzuführen. Auffällig ist es bei diesen Ergebnissen, daß die Tagesproduktion bei den deutschen Werken, soweit sie bandmäßig fabrizieren, zwischen 50—100 Wagen pro Tag schwankt. Die Bandspezialisten behaupten, daß bei diesen Zahlen für Deutschland der fabrikationstechnische Nutzeffekt liegt. Wie weit hier die angeführten Studien richtige Ergebnisse lieferten, muß abgewartet werden. Demgegenüber hat man sich bei Ford in Highlandpark auf eine Tagesproduktion von mehr als 4000 Wagen eingestellt. Vielleicht spielt in Deutschland auf diesem Gebiete der Absatzmarkt eine wesentliche Rolle; vielleicht auch die Tatsache, daß die deutsche Industrie der Fordierung nach einem zweifelhafte Gebrauchswagen bis jetzt nicht genügt. Wenigstens behaupten Fachleute, daß weder die Aga noch Opel und Brennavor den „richtigen“ Wagen auf den Markt werfen. Behauptet wird ferner, daß die deutschen Werke die Serienfabrikation ihres D-Wagens, der von den Fachleuten als ganz vorzüglich bezeichnet wird, nicht aufgenommen haben.

Im Grunde genommen steht die deutsche Industrie noch ganz und gar in den Anfangsstadien. Wir haben noch eine heillos zersplitterte Produktion und den nötigen Grad der Wirtschaftlichkeit im Automobilbau noch lange nicht erreicht. So steht fest, daß 70 Proz. des Materials und der Arbeit an einem Auto noch von Zubehör- und Hilfsindustrien geliefert werden, während Ford z. B. den ganzen Bau vom Rohstoff bis zum fertigen Wagen in eigener Fabrikation durchführt. Dazu kommen unzählige Arbeitsweisen. Es wird uns von Fachleuten versichert, daß bei der Herstellung von wichtigen Autoteilen in Deutschland noch immer 50 bis 60 Prozent Material verloren gehen. Weiter ist es Tatsache, daß Ford jährlich ungefähre 60 bis 70 Prozent des amerikanischen Bedarfs an Autos und neben ihm fast kaum eine gleiche Fabrik möglich. Dagegen steht das Auto-Produktionsprogramm der deutschen Personenvagenhersteller noch immer die Schaffung von 95 Typen vor, die sich in rund 50 Fabrikten teilen. Die vorjährige Autoausstellung umfaßte 88 Firmen mit ungefähr 146 Modellen. Die in der Autoindustrie zu beobachtende Konzentration hat hier schon zu einer gewissen Vereinheitlichung gebrängt. Auf der diesjährigen Ausstellung sind nur 52 Firmen mit 79 Modellen vertreten. Gewiß sind das Fortschritte, aber sie sind noch zu gering, um den Preis stark zu beeinflussen, der insbesondere durch die verteuerten Folgen der deutschen Krankheit, der Ueberkartellierung, gesteigert wird.

Wir wollen zugeben, daß die Preise gegenüber dem Vorjahre stark nachgelassen haben und der Autopreis heute, obwohl die Materialpreise weit über Friedensstand liegen, sich unter Friedensstand bewegt. Trotzdem kommen unsere heutigen Autopreise für den Wettbewerb nach dem Auslande nicht in Frage. Daß das aber notwendig — und auch möglich ist, hat die deutsche Industrie im Lastkraftwagen bewiesen. Auf der Ausstellung kann man einen Zwei-Tonnen-Expresstaxiwagen der Hansa-Brand-Werke U. G. in Bremen sehen, mit dem die Firma auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig ist. Auch hat Brennavor einen Ein-Tonnen-Schnell-Lastwagen konstruiert, der alle Anerkennung verdient und mit dem die Firma bezüglich des Preises die Wettbewerbsfähigkeit mit dem Auslande erreicht hat. Diese Erfolge sind zu begrüßen und sie geben uns die Hoffnung, daß die deutsche Autoindustrie sich im Rahmen einer künftigen vernünftigeren Wirtschaftspolitik voll und ganz durchsetzen wird.

Versprechen und nichts halten!



„Was ihr begehrt, soll euch beschieden sein: Wir füllen eure Kassen, die sich leerten. Wir sind entschlossen, reiflos aufzuwerten. Frei wird durch uns der alte deutsche Rhein. Die Teuerung schwindet, die uns alle plagt, Erwählt ihr uns, daß wir das Land verwalten!“

So bleiben sie in einem stets die alten: Das Maul wird voll genommen unverzagt, Viel wird versprochen, aber nichts gehalten!

Trossloser Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem Berliner Arbeitsmarkt verschärft sich weiter. Durch die Metallfabrikationsweise wurden am 28. November 1906 Arbeitslose festgesetzt gegenüber 13 343 Arbeitslose am 3. November. Weiter schweben augenblicklich eine große Anzahl Anträge auf Einschränkung bzw. völlige Stilllegung von Metallwerken. U. a. ist bei Schuchard u. Schütte mit einer völligen Stilllegung zu rechnen. Im Zusammenhang mit den Zahlungsschwierigkeiten im Kahn-Konzern, der augenblicklich in Verhandlungen über einen Kredit durch das Reichsernährungsministerium steht, sind Stadt-Motor und die Weissenfer Rieber- und Riles-Werke von der ungünstigen Entwicklung betroffen.

Der Krieg um den Wald

Ein: Historie von Morik Hartmann

(17 Fortsetzung)

Die Besatzung schlug eine laute Lache auf, die siegesberauschten Burshen saßen sich bei den Armen und begannen wild im Hof umherzutanzten, während draußen im Dorfe Flüche und Verwünschungen erschollen.

Die Obshonner und ihre Bundesgenossen überzeugten sich bald, daß sie sich nicht auf zweihundert Schritte dem Meierhofe nähern konnten, ohne von wohlgezielten Schüssen empfangen zu werden. Sie zogen sich in die Häuser zurück, und der alte Mita, der Bauernadvokat, versammelte die Weisesten des Dorfes um sich, um Rat zu halten.

Der Zug der Dufschniter verzögerte sich etwas. Die Herde, die sie trieben, war schwer zusammenzuhalten. Wild gemacht durch den Lärm der Kämpfer und das Getöse der Treiber, liefen sie oft auseinander und konnten im Walde nur mit Mühe wieder gesammelt werden. Einzelne Obshonner, die es wagten, die Sieger zu verfolgen, und hier und da einzelne Schüsse abfeuerten, reichten zur Verfolgung, und die Schar zerstreute sich oft, trotz des grimmigen Jörnnes Peters, der verbot, auf die Pfänker zu achten. Erst mit Sonnenaufgang kam der heges- und beutereiche Zug in Dufschnit an.

Da begann nun ein lustiges Leben. Die Weiber und Kinder kamen aus den Häusern hervor. Es wurde erzählt, gelacht, gesungen. Die Kühe, wohlgenährt wie alle herrschaftlichen Herden (denn der Meierhof gehörte der Herrschaft), wurden geschätzt und bewundert. Peter Buretsch ging an die Beuterverteilung. Die Aermsten unter den Dufschnittern und ihren Bundesgenossen wurden zuerst und am besten bedacht. Die Stiere wurden betränkt und im Dorfe umhergeführt. Kleine Knaben schwangen sich auf ihren Rücken und langen Vieder und ließen Peter Buretsch hochleben. Die Stiere waren Gemeindegut geworden und in einem großen offenen Stalle untergebracht, wo sie den bewundernden Blicken der Jugend preisgegeben waren. Von allen Seiten brachte man dufschndes Heu herbei, sie würdig zu speisen, und die Tiere schienen sich bald heimlich zu fühlen bei ihren neuen, gastlichen Wirten. Großer Jubel herrschte überall — der Ruf Peter Buretsch scholl von allen Lippen; sein Mut, seine Besonnenheit, sein schneller Entschluß wurden von allen gerühmt. Das Grauen, das man vor dem Wildbiß, dem Heiden, dem Zigeuner hatte, war gänzlich verschwunden. Man hoffte durch ihn reich zu werden, man begann sich in die Ohren zu taunen, daß er wohl auch instande wäre, sie von der Herrschaft und den Beamten zu befreien, die Steuern abzuschaffen und aus den Bauern freie Leute zu machen — und beeilte sich, seinen Befehlen auszukommen.

schste zu gehorchen, denn jede seiner Taten führte ja dem Ziele näher, das man sich halb unbewußt zu stecken anfang.

„Es was, der Wald!“ sagte man, „was liegt am Ende auch am Wald, er kann den Wurm bekommen und wir sind doch alle Bettler. Es geht jetzt um was mehr. Frei müssen wir werden von Kobotten und Steuern, die Herren und Beamten sollen uns nicht mehr ausaugen bis aufs Blut — die Schätze, die in Schlößern und Klöstern aufgehäuft liegen, und die unser verkümmertes Schweiß, unser vergoldetes Blut sind, sollen wieder in unsere Hände kommen, denen sie von Gott und Rechts wegen angehören!“ Man lächelte über die Geistesfurcht, die man beim Namen Peter Buretsch empfand. „Was hat er getan?“ fragte man sich, „er hat das Wild des Waldes geschossen, das frei ist und jedermann angehört und die Saaten des Bauern zerstört. Wer sagt, daß es dem gnädigen Herrn eigentümlich ist? Hat der Herr unser Gott dem Dirsche das Wappenbild unseres gnädigen Herrn auf den Hintern gebrückt? Tötet die Kugel aus der Bauernflinte nicht ebensogut, wie aus der Büchse des herrschaftlichen Oberförsters?“

So räsonnierten die Bauern. Es ist wahr, sie wären nur langsam oder vielleicht gar nicht auf solche Gedanken gekommen, wenn nicht der Alte vom Hammer im rechten Momente die erste Wörchen fallen lassen, das ihnen zeigte, welchen Weg ihre Gedanken zu gehen hatten — und wie zaudernd und stolpernd sie noch auf die Wege wandelten, wie klar oder unklar ihnen diese ungewohnten Gefühle waren, darin waren sie mehr oder weniger entschlossen und übereinstimmend, Peter Buretsch zu gehorchen und ihm durch die und dünn zu folgen.

Sie horchten darum sehr aufmerksam, als der einäugige Stauif, nachdem sich die erste freudige Ausregung gelegt hatte, durchs Dorf ging, von einem Trommler begleitet, alle hundert Schritte stehen blieb und von einem groben Stück Papier mit lauter Stimme folgendes ablas:

„Im Namen Peter Buretsch, des Raubhüters und Anführers der Dufschniter und ihrer lieben Freunde und Bundesgenossen! Männer von Dufschnit! Freunde und Bundesgenossen der unterdrückten und betrauten Männer von Dufschnit! Es ist ein Verräter in unserer Mitte. Unserer gestriger Plan auf Obshon war verraten — die Hinterlist und die getroffenen Vorsichtsmaßnahmen unserer Feinde haben es klar gezeigt.“

So wird Euch hiermit kund und zu wissen getan, der Verräter in unserer Mitte ist zum Tode verurteilt. Jeglicher, der nach dem Verräter seiner Heimat und seiner Brüder, auf daß das Urteil an ihm vollzogen werden könne, vermittelst des Strides am nächsten Baume. — Auf daß aber in Zukunft jeder Böswillige und Feindliche von dergleichen Schandtat abgesehen werde, und jeder Art Verrat verhütet werde, verkündige ich als Kriegsartikel, geltend von heute, folgendes:

1. Jeder, der dem Feinde Pläne und Vorbereitungen, in welcher Absicht immer, mittelst, wird ohne Gnade gefängt.

2. Jeder, der ohne Befehl und Erlaubnis sich zum Feinde begibt oder mit einem aus der Reihe unserer Feinde mündliches oder schriftliches Wort wechselt, wird gefängt.

3. Jeder aus den Reihen unserer Feinde, der diesseits des Waldes mit oder ohne Waffen ergriffen wird, wird nach Umständen erschossen oder gefängt.

4. Nur ich der Anführer habe das Recht zu begnadigen.“ Hierauf wurde das Blatt an den großen Kastanienbaum, mitten im Dorfe angehängen. Die Bauern standen davor und ließen es sich noch einige Male vorlesen, bis sie sich an das so oft vorkommende „Hängen“ gewöhnten, vor dem sie anfangs sehr erschauerten. Der einäugige Stauif aber wurde mit einer Abschrift der Kriegsartikel, die ebenso wie die erste der jüdische Lehrer besorgte, ohne Waffen nach Obshon geschickt, um sie, wie Peter Buretsch es wollte, auch dem Feinde bekannt zu machen, daß er sich danach halten könne.

Während in Dufschnit so große Aufregung herrschte, war in Obshon alles totensille. Der Ungarnmichel hielt vom Meierhofe aus so gute Wache, daß sich im Dorfe nichts zu regen wagte; von den Schießscharten flogen die Kugeln in die entferntesten Gehäusen, und die Bewohner konnten nur außerhalb des Dorfes durch die Gärten und Finzierünen zueinander gelangen. Durch sein Haus gedeckt, im Garten an einem langen Tische lag der alte Mita und schrieb, neben ihm der Kantor des Dorfes, der die Blätter kopierte, welche ihm der Richter vorlegte. Gegenüber saßen die Bauern, welche von Mita in den Rat gezogen waren und sahen stumm und verwundert zu, mit welcher Leichtigkeit und Behendigkeit seine Feder übers Papier hinlief und wie jählich er die großen Anfangsbuchstaben hinzusetzte und anzuschmücken verstand. Endlich war er fertig, stochte die Tintenflasche zu, legte die Feder darauf und nahm mit Gravität die Brille ab. „Das wäre nun getan“, sagte er, indem er selbstgefällig auf die beschriebenen Blätter blickte, „alle Dörfer der Umgegend sind in würdigen und kräftigen Ausdrücken eingeladen uns beizustehen; und die gestörte Ordnung in unserm Gegende wiederherzustellen. Aber damit ist noch nicht alles getan. Wir sind nicht dazu da, uns mit Raubhändeln und Wildbitten herumzubalgen, auch steht es guten Untertanen schlecht an, sich selbst mit gewaffneter Hand Recht zu verschaffen. Wir müssen die Hilfe unserer Regierung erbitten, und so habe ich denn beschlossen und ihr verbot nichts dagegen einzuwenden haben, nach Prag einen ausführlichen Bericht zu liefern über den Stand der Dinge, und der hohen Landesregierung anzuzeigen, daß mit hantlichen Waffen gegen uns gekämpft wird, und daß es sich ganz und gar nicht um den Wald handle, sondern daß die ganze Geschichte ein Landesverrat und vom Auslande angestiftet worden sei, um Unruhen im Lande und hinter dem Rücken der kaiserlichen Armee zu erregen. Und so bin ich gewiß, daß wir uns bald der Hilfe unserer allergnädigsten Kaiserin und ihrer besonderen Gnade zu erfreuen haben werden.“

(Fortsetzung folgt.)

Am Sonntag, dem 6. Dezember, starb unsere langjährige Mitarbeiterin, die Zeitungsträgerin

Jenny Evers

Stoßelsdorf

Sie hat fast 30 Jahre durch pünktliche Zustellung der Zeitung für unsere Sache gewirkt. Wir werden der Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Verlag des Lübecker Volksboten

Blödsinn und unerwartet starb heute unsere liebe Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter

Jenny Evers
geb. Klockmann
im 74. Lebensjahre, tief betrauert und schmerzlich vermisst.
Frieda Evers Wwe. geb. Stegemann
Ludwig Evers und Frau
Theodor Evers und Frau
Paul Evers und Frau
Kinder, Enkelkinder und Urenkel.

Stoßelsdorf, den 6. Dez. 1925.
Beerdigung Dienstag, den 8. Dezbr., nachmitt. 2 1/2 Uhr, Kapelle Stoßelsdorfer Friedhof. (7625)

Sozialdem. Verein Stoßelsdorf.

Am Sonnabend, dem 5. Dezember, verschied nach schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, Genossin

Jenny Evers
im 75. Lebensjahre. In jenseitiger Pflichterfüllung stand sie zur Partei, u. erfüllte ihre Tätigkeiten für den Lübecker Volksboten, ein Vorbild für andere.
Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.
Beerdigung am Dienstag, d. 8. Dez., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle Stoßelsdorf. Sammeln der Genossen 1 1/2 Uhr bei O. Diedrichsen. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
7630 Der Vorstand.

Nach langem, schwerem Leiden starb heute unser lieber Sohn
Franz Kulbach
im 15. Lebensjahre.
Tief betrauert u. schmerzlich vermisst von seinen Eltern nebst Bruder und allen Angehörigen.
Robert Kulbach u. Frau
geb. Schappensauer
Karl Kulbach
Lübeck, 6. Dez. 25
Altengammerstr. 31
Beerd. Donnerst. tag 10. Dez. 2 1/2 Uhr, Kapelle Bornwerf.

Nach langem, schwerem Leiden starb heute unser lieber Sohn
Franz Kulbach
im 15. Lebensjahre.
Tief betrauert u. schmerzlich vermisst von seinen Eltern nebst Bruder und allen Angehörigen.
Robert Kulbach u. Frau
geb. Schappensauer
Karl Kulbach
Lübeck, 6. Dez. 25
Altengammerstr. 31
Beerd. Donnerst. tag 10. Dez. 2 1/2 Uhr, Kapelle Bornwerf.

Nach langem, schwerem Leiden starb heute unser lieber Sohn
Franz Kulbach
im 15. Lebensjahre.
Tief betrauert u. schmerzlich vermisst von seinen Eltern nebst Bruder und allen Angehörigen.
Robert Kulbach u. Frau
geb. Schappensauer
Karl Kulbach
Lübeck, 6. Dez. 25
Altengammerstr. 31
Beerd. Donnerst. tag 10. Dez. 2 1/2 Uhr, Kapelle Bornwerf.

Nach langem, schwerem Leiden starb heute unser lieber Sohn
Franz Kulbach
im 15. Lebensjahre.
Tief betrauert u. schmerzlich vermisst von seinen Eltern nebst Bruder und allen Angehörigen.
Robert Kulbach u. Frau
geb. Schappensauer
Karl Kulbach
Lübeck, 6. Dez. 25
Altengammerstr. 31
Beerd. Donnerst. tag 10. Dez. 2 1/2 Uhr, Kapelle Bornwerf.

Nach langem, schwerem Leiden starb heute unser lieber Sohn
Franz Kulbach
im 15. Lebensjahre.
Tief betrauert u. schmerzlich vermisst von seinen Eltern nebst Bruder und allen Angehörigen.
Robert Kulbach u. Frau
geb. Schappensauer
Karl Kulbach
Lübeck, 6. Dez. 25
Altengammerstr. 31
Beerd. Donnerst. tag 10. Dez. 2 1/2 Uhr, Kapelle Bornwerf.

Nach langem, schwerem Leiden starb heute unser lieber Sohn
Franz Kulbach
im 15. Lebensjahre.
Tief betrauert u. schmerzlich vermisst von seinen Eltern nebst Bruder und allen Angehörigen.
Robert Kulbach u. Frau
geb. Schappensauer
Karl Kulbach
Lübeck, 6. Dez. 25
Altengammerstr. 31
Beerd. Donnerst. tag 10. Dez. 2 1/2 Uhr, Kapelle Bornwerf.

Nach langem, schwerem Leiden starb heute unser lieber Sohn
Franz Kulbach
im 15. Lebensjahre.
Tief betrauert u. schmerzlich vermisst von seinen Eltern nebst Bruder und allen Angehörigen.
Robert Kulbach u. Frau
geb. Schappensauer
Karl Kulbach
Lübeck, 6. Dez. 25
Altengammerstr. 31
Beerd. Donnerst. tag 10. Dez. 2 1/2 Uhr, Kapelle Bornwerf.

Sonntag mittag entschlief sanft nach längerem Leiden mein innigstgeliebter, strebsamer Mann mein herzsguter Vater.
Schwieger u. Großvater. Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt (7637)

Wilhelm Mencke
im 59. Lebensjahre. In tiefer Trauer:
Elise Mencke geb. Meyer
Henry Mencke u. Frau, geb. Beutin
nebst allen Angehörigen
Lübeck, den 6. Dez. 1925, Biedergrube 93.
Beerdigung am Donnerstag, d. 10. Dez., nachm. 2 Uhr, Kapelle Bornwerfer Friedhof.

Nachruf
Am 4. ds. Mts. verstarb nach langem Leiden der **Geschäftsführer**

Herr Ingenieur
Gerhard Miesner

Sein edler Charakter und humaner Sinn sichern ihm ein ehrendes, dauerndes Andenken. (7622)

Die Belegschaft der Fa. Ewers & Miesner

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck
Am 5. Dezember starb unser langjähriges Mitglied der Tischler
Karl Stümpel
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Beerdigung Mittwoch, den 9. Dezember, 1 1/2 Uhr, Kap. Bornwerf. (7629)
Die Ortsverwaltung

Nach langem schwerem Leiden starb meine liebe Tochter
Ella Sarsjadt
geb. Rühl.
Tief betrauert von ihrer Mutter und allen Angehörigen.

Dankagung!
Allen denen, die meiner lieben Frau beim Heimgang die letzte Ehre erwiesen und den Sarg so reich mit Kranzen schmückten, insbesondere Herrn Frsk für seine Wohlthaten ein Wort am Grabe meinen tiefgefühlten Dank.
Heinrich Lange

Für die herzliche Teilnahme u. Kranzspenden beim Hinscheiden meiner lieben Frau und Mutter, sowie Herrn Pastor Hoyer unsern herzlichsten Dank.
Friedrich Wegener
und Kinder.

Das Fahrrad
ein Bau, seine Instandhaltung u. Reparaturen
von Oberingenieur
A. Krumm u. R. Burge
Mit 110 Abbildungen u. einigen Tabellen
Preis 1.20 RM.
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46.

Rauchzeug
preiswert und gut
C. Wittfoot
Ob. Hürstr. 12

Drögen, Farben, Parfümerien
Drögerie Aug. Prosch
Tücherstraße 23, Fernsprecher 1541
Bohnenwachs, Fußbodenöl

7640) Soeben erschienen:
„Lübecker Marzipan“
Ein süßes Bilderbuch für unsere Kleinen vom Weihnachtsmann Ernst Albert Silber von A. Johannes
Die schönste Kinderfreude für den Weihnachtstisch.
Fest u. sehr geschmackvoll gebund. Preis nur 3 M.
Zu haben in allen Buchhandlungen

Gerätherie Schweineböpie 90
Pa. junges Kalbfleisch 0.70 Bratenstücke 0.80
frisches Gehäutes 50 „ zarte Leber. . . . 1.00
frisches Gulasch . . . 50 „ Blumenstrich . . . 1.30
frische Baden . . . 40 „ frische Rauchtüde . . . 1.50
frische Herzen . . . 40 „ weiches Kuhente . . . 70 „
frische Knackwürst 90 „ fr. Schwarzwauer 15 „
Feiner Aufschnitt 1/2 & 45 „
Sämtliche Wurstsorten billigst
Karl Lahrz Böttcherstraße 16
Fernspr. 1874 (7648)

Pfund 50
Kunsthonig
// von **Hauer**
Geschmack u. Nährwert
Naturhonig gleich
Pfund 50
Nicht die Ware ist billig, welche einen niedrigen Preis hat, sondern diejenige, welche einen ihrem Preise entsprechenden Wert hat!

Uhren-Reparaturen
bis 1 Jahr Garantie
Hermann Voß, Uhrmacher,
36 Fleißhauerstraße 35 7612

Spiritueln-Abtl.
Buntelch-Rüm. Fl. 2.-
Krummesser-Rüm. „ 2.30
Brill-Rüm. 40% „ 2.50
R-Rüm-R. Fl. 2.50 2.75
Weinbrand Fl. 2.95
Limone
große Auswahl Fl. 2.95
Rotwein a. St. u. Gl. 1.-
Rotwein „ „ 1.50
Weißwein „ „ 1.-
Portwein „ „ 2.50
Tatagona „ „ 1.-
Tatagona „ „ 1.10
Kirchhoff a. Glas 60 „
Himbeerjast a. Glas 90 „
Eduard Speck
Hürstraße 80/84

Herrren-Anzüge
vorteilhaft
G. Bekleidungs-werkstätten
Hörstraße Nr. 44

Matratzen
werden in jed. Größe zu den billigsten Preisen angefertigt
Geb Brüder Hehl
Welt Spez.-Gesch.
Untertr. 111/112
d. d. Holtenstr. 7613

Lübecker Kaffee-Geschäft
Biodengießerstraße 16
Fernruf 2865
Fr. gebr. Kaffee
2.20 bis 4.40
Kenzow-Kaffee i. P.
1/2- & 3/4-Pak. 0.80,
0.90 1.-
Milchkaffee
10% 0.55
20% 0.80
Lübecker Halb u.
Halb 1.50
Kenzow-Lee 0.65
Diamantmehl 0.27
Weizenmehl „ 0.60
Meiskernpulv. „ 0.26
Jader „ 0.30
Kaff. Sult.-Rosinen
0.60
Hambg. Kuchenstrop
0.40
Silbesheimer Strop
0.25
Margarine 0.60
Kofosfett „ 0.70
Hajelmilch „ 0.90
Walnüsse „ 0.80
Walnüsse II „ 0.50
Pflaumenm. „ 0.25
Lieferung frei Haus!

Herren-Anzüge
vorteilhaft
G. Bekleidungs-werkstätten
Hörstraße Nr. 44

Matratzen
werden in jed. Größe zu den billigsten Preisen angefertigt
Geb Brüder Hehl
Welt Spez.-Gesch.
Untertr. 111/112
d. d. Holtenstr. 7613

Zum Weihnachtsfeste
in großer Auswahl
Jugendschriften
und
Bilderbücher
Buchhandlung Lübecker Volksbote

Sozialdemokrat. Verein Lübeck.

Dienstag, den 8. Dezember 1925
abends 7 3/4 Uhr

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus

- Tagesordnung:
1. Mitteilungen des Vorstandes. (7582)
 2. **Große Koalition?**
Redner: Genosse **Dr. Leber.**
 3. Aussprache.
- Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches!

D
General Dr. h. c. v. Schoenaich spricht über seine kürzlich beendete
Studienreise durch Rußland
am Mittwoch, 9. Dezember, abends 8 Uhr,
in der Aula des Johanneums (7619)
Unkostenbeitrag 0.50 Mk. Jedermann hat Zutritt
Deutsche Demokratische Partei

E. G. Kücknitz-Herrnwyk
Am Dienstag, dem 8. Dezember 1925
abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Dieckmann in Kücknitz
Versammlung
Vortrag über die Bestrebungen der Eiterngemeinschaft. — Ausstellung von Herren- und Damenkleidung. — Ausrüstung für Konfirmanden aus den Bekleidungswerkstätten der E. G. und aus der Manufaktur-Abteilung des Konsumvereins
Alle Frauen und Männer sind freundlich eingeladen.
Der Bezirksvorstand (7624)

Theater-Klause
Erstes Bier-, Wein- und Café-Lokal
Vielbegehrter Mittagstisch (7611)
Im Abonnement bedeut. billiger

Zentral-Hallen
Morgen Dienstag: **Gr. Sonntagmorgen**
Eintritt frei (7638)

Zigaretten
Zigarren
C. Wittfoot
Ob. Hürstr. 12.
Achtung!
Deutscher Holzarbeiter-Verb.
Verwaltungsstelle Lübeck
Dienstag abend 6 1/2 Uhr
Vorstandssitzung

Stadttheater Lübeck.
Dienstag 8 Uhr
Uraufführung
Muspilli oder der Prinz von Dahn.
4. Vorstellung im Kammerpielabonnement, Gruppe 1 u. 2
Die Abonnenten werden gebeten, unter Vorlegung ihrer Abonnementkarte, ihre Eintrittskarten für diese Vorstellung an der Theaterkasse in Empfang zu nehmen.
Mittwoch 7.30 Uhr
Die Neuerwählten
Der zerbrochene Krug
Abonn.-Vorst.

Mittwoch 4 Uhr
Kammerpiele
Kottäppchen
Weihnachtsmärchen zu halben Schauspielpreisen
Mittwoch 8 Uhr
Klavierabend
Alfred Kuntze (7638)
Ewa Böhle
Donnerstag 8 Uhr
Hänsel und Gretel
Die Puppenfee
Abonn.-Vorst.

Freitag 8 Uhr
Zar und Zimmermann
Zum letzten Male
Abonn.-Vorstellung

Amaz
Das ideale Hände-Reinigungsmittel
Generalvertrieb:
H. Eckholdt
Lübeck & Elmshorn, 69
Seefischerei 3178

Moderne Bildnisse, reizende Kinderaufnahmen, Vereins- und Familien-Gruppenbilder empfiehlt:
Photographisches Atelier Schaeletzky
Lübeck, Marktstr. 60, Tel. 8268
Einführung der Linien 3 und 11 (Farbgele wird vergütet)
Für Außenverträge Motorrad vorhanden

Alexander KROCK
KÖNIGSTR. 47
Lederwaren / Koffer
Geschenkartikel

Freistaat Lübeck

Montag, 7. Dezember

Kind und Spielzeug

Vorsicht beim Einkauf

Das Lebenselement des Kindes ist das Spiel. Das Spiel ist seine Welt. In dieser Welt geht es auf. Spiel ist dem Kinde nicht nur Spiel. Spiel ist ihm Arbeit, ist ihm Beschäftigung.

Wenn das Spiel ein so wichtiges Lebenselement des Kindes ist, so muß auch das Spiel ein wichtiger Bestandteil im Aufbau des Kindes selbst sein.

Ja aus dem Spiel erwachsen dem Kinde viele, mannigfaltige Eindrücke, es erwachsen ihm Bildungswerte.

Darum Eltern, es ist nicht gleichgültig, mit welchen Dingen das Kind spielt, mit welchen ihr es am Weihnachtsabend beschenkt.

Das Spiel, das Spielzeug muß für die Phantasie des Kindes ein fast unerschöpflicher Raum sein. Mit dem Spielzeug muß das Kind schaffen können, schaffen und formen können nach seinem Willen.

Das Spielzeug darf daher kein Schaustück dem Kinde sein. Wie z. B. die luxuriösen Puppenhäuser, Maschinen, die man aufzieht, eben alles, was zur Schau gemacht ist. Warum nicht? Mit diesem Spielzeug bleibt dem Kinde nichts zu tun übrig. So ein Schaustück reizt nicht zur Phantasie. Dem Kinde wird ein Spielzeug, das nur zum Anschauen da ist, bald überdrüssig, satt sein. Und es wird auch bald satt sein, ein Spielzeug, bei dem man nur einen Mechanismus aufzuziehen hat, und dann zusehen kann wie es abläuft.

Wie soll nun das Spielzeug des Kindes sein? Es soll einfach sein! Mit dem Spielzeug soll man Modelle zusammenlegen und auseinandernehmen können. Die Phantasie des Kindes baut aus dem Spielzeug, gibt den Dingen die Form, wie es das Kind in seiner Vorstellungswelt, Bildungskraft sieht und wiedergeben kann. So haucht das Kind dem Spielzeug Leben ein. Und durch eine solche Tätigkeit wird natürlich das Innenleben des Kindes ganz wesentlich gefördert. Was wird nicht alles aus einem Baustein von den Kinderhänden gemacht? Ist nicht der Sandhaufen das umfassendste Spielzeug des Kindes?

So wollen wir noch einmal wiederholen: Je einfacher das Spielzeug ist d. h. je mehr ein Kind damit anfangen kann, desto mehr Impulse erwachsen dem Kinde, desto mehr hat das Kind Gelegenheit zur Selbstständigkeit in seiner Spieltätigkeit und in seinem Denken.

Ihr Mütter und Väter kauft deshalb euren Kindern vor allem einen Baustein. Möglichst einen großen Baustein. Ein Baustein kann immer neuer Reiz dem Kinde sein. Hier kann die Phantasie des Kindes wüten. Hier kann sein Geist wachsen. Wachsen von Stufe zu Stufe. Das Spielzeug bedeutet für das Kind nicht nur Spielzeug, nicht nur eine Neugierigkeit, sondern für das kindliche Leben etwas unbedingt Notwendiges.

Liebe Eltern, es soll ein kleiner erzieherischer Wink an euch gewesen sein, wie ihr das Geschenk für eure Kinder zu wählen habt. Und es ist eine irrtümliche Annahme, wenn ihr glaubt, daß ihr dem Kinde viel Freude bereitet, wenn es teuer und kompliziert ist. Darum kauft euren Kindern einfache Spielzeuge, solche Spielzeuge, bei denen die Phantasie des Kindes schöpferisch tätig sein kann.

Volkshochschule. Am 18. Dezember findet im Johanneum eine Weihnachtsfeier statt. Die für heute angelegte Probe des Weihnachtsspiels muß nochmals im Katharineum stattfinden. — Den Teilnehmern von Erläuterungen aus gewählter Opern und Schauspielen wird der nächste Abend durch Postkarte mitgeteilt. — Am kommenden Sonntag vormittag wird in Stadthallentheater der Collin-Roh-Film „Mit dem Kurbelkasten um die Erde“ aufgeführt; voraussichtlich können unsere Mitglieder ab Donnerstag in der Geschäftsstelle Karten (0,50) haben. Teilnehmerkarte mitbringen.

Theater und Musik

Stadtheater.

Der zerbrochene Krug von Kleist — Vorher: „Die Nordermöhlen“ von Björnson.

Jetzt weiß ich nicht, habe ich in der Schule gelernt, daß der „Zerbrochene Krug“ aus einem alten holländischen Bild entstanden ist, oder ist es der unmittelbare Bühneneindruck, der einem so ein derbes, lebensstarkes Bild von Teniers vor Augen zaubert. Gleichgültig — so ein lastiges quellendes Stück „Vollkunst“ hat uns doch die ganze Periode, die das „Vollhafte“ als Motto im Schilde führte, nicht zerschlagen. Dieser Kleist war doch ein Bursche, alle Achtung! — Kein Wunder, daß man ihn in Deutschland durch Hunger und Mißachtung zum Selbstmord trieb. So etwas Eigenwilliges mußte ja kaputt gehen in dem Volk, das sich so gerne „das Volk der Dichter und Denker“ nennt. Wie das hingehauen ist, der dumme Teufel von Richter, der schleichende Schreiber, das ganze Bauernvolk, man sieht ordentlich die dicken Pinselstriche des lachenden Malers. Und war doch nur ein armerlicher, aus seiner Gesellschaftsschicht ausgeschlossener, mit dem grauen Elend kämpfender Skribent. Ach ja — der deutsche Adel und die Kunst — das ist ein langes Kapitel.

Nun wenigstens nach 100 Jahren wird man ihm gerecht. Die Aufführung im Stadtheater unter Heidmanns lebendiger Regie darf man wirklich kongenial nennen. Schon das Bühnenbild erfreut in der derben Unordnung. Und alle einzelnen vom gleichen Schwung befeelt. Pawlows Richter Adam ein polternder dummschauer Teufel; Döbbelius prächtige Kantigkeit (so prächtig für den Bauernjungen wie ungeeignet für die Wiedermeiertrolche, die er in dem vorangehenden Stück hatte), der Höllicher drales Gehen; alles pakte. Und dann die alte Marthe der gastierenden Frau Pawlow, das gefährliche Schwertmaul Bäuerle, der sein überlegene Gerichtsrat, am köstlichsten aber Heidmann selbst als Schreiber Licht. Wie er mit den Wimpern klumpert, in der stillen Freude, dem geliebten Vorgelesenen so ein bißchen das Genick abzudrehen — also da liegt direkt Musik darin. Alles in allem man ist ermüdet, man freut sich.

Aber so blühe-blant dieser zerbrochene Krug uns nach 100 Jahren noch an, so viel Staub hat sich im Laufe eines halben Jahrhunderts auf Björnsons Nordermöhle gelegt. Den konnte auch Heidmann, der auch hier die Regie führte, nicht abtragen. Vergebens streute er die guten Leute in Wiedermeiertrolche; die Geschichte von dem Krieg des jungen Chemanns

Eine brave Parteigenossin gestorben. Die Genossin Evers in Stöckelsdorf ist im Alter von 74 Jahren gestorben. Die Verschiedene war drei Jahrzehnte lang Austrägerin des Lübecker Volksboten, den sie kurz nach dessen Begründung bis vor wenigen Monaten mit großer Pünktlichkeit bestellte. Eine stille und zuverlässige Agitatorin unserer Sache ist uns mit ihrem Heimgang entzogen.

Probefahrt. Der für Rechnung der Hochseefischerzerei J. Wieting u. G., Mejerimünde, auf der Schiffswerft von Henry Koch u. G., Lübeck, erbaute Hochseedampfer „Lübeck“ erledigte am 5. Dezember seine Probefahrt und wurde von der Reederei übernommen. Der Dampfer ist ein Schwester Schiff des am 16. September d. J. bereits abgelieferten Hochseefischdampfers „Adolf Kühling“.

Tagung der Reichsorganisation der deutschen Binnenschiffahrt. Auf der Plenarversammlung des Reichsausschusses der deutschen Binnenschiffahrt in Berlin, die aus allen deutschen Stromgebieten zahlreich besetzt war, wurde seitens des Präsidenten, Generaldirektor Dr. Ott, ein Bild von der überaus angespannten Binnenschiffahrt gegeben. Man beschäftigte sich ferner mit der Tarifpolitik der Reichsbahn und forderte ein größeres Entgegenkommen bei der Einführung von Wasserantriebslagertarifen. Die weiteren Verhandlungen erstreckten sich auf eine Herabsetzung der Schiffsabgaben. Als Ergebnis der Tagung wird beim Zentralverein für deutsche Binnenschiffahrt eine Rechtskommission für die internationalen Binnenschiffahrtsfragen eingerichtet.

Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltet am Mittwoch, abends 8 Uhr, im Johanneum ihren ersten Winterortragsabend. Es spricht General von Schoenaich über seine Studienreise durch Rußland. Die Partei glaubt, daß dieser Vortrag, der für jedermann zugänglich ist, besonders auch die Wirtschaftskreise interessieren dürfte. General von Schoenaich hat die Studienreise erst kürzlich beendet, jedoch sich jeder über die wirklichen Zustände in Rußland ein wahrheitsgetreues Bild machen kann. Es wird nur ein Unkostenbeitrag von 50 Pfg. erhoben. Alles Nähere ist aus dem Inserat ersichtlich.

Das Geschlechtskrankengeh

Öffentliche Versammlung

Der Biochemische Verein Lübeck (gegr. 1920) hatte am Donnerstag zu einem öffentlichen Vortrage nach dem Gewerkschaftshaus eingeladen, der sich eines guten Besuches erfreute. Als Referent war der Vertreter des Bio-Bundes Deutschlands, Herr W. Willer-Spandau erschienen, der über den der Reichsregierung vorliegenden Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sprach. Der Redner betonte einleitend, daß in jedem geordneten Staatswesen eine geordnete Gesetzgebung bestehen müsse und daß ganz besonders auch die bestehenden Gesetze dem Wohle der Volksgesamtheit dienen müssen. Davon könne aber bei dem in Frage kommenden Gesetzentwurf leider nicht die Rede sein. Der Redner ging auf die historische Entwicklung der Heilmittel und der wissenschaftlichen Medizin ein, legte die Unterschiede zwischen Allopathie, Homöopathie und Naturheilmitteln gegenüber einander und behandelte den vorliegenden Gesetzentwurf wobei er die Unannehmbarkeit des Gesetzes betonte. Dieser Entwurf stehe dem kulturellen Aufstieg und der wissenschaftlichen

Fortentwicklung hemmend entgegen und sei daher abzulehnen. Den entscheidenden Körperschaften sei nahe zu legen, dem Volksentscheid die Rechnung zu tragen und an Stelle des jetzigen Entwurfs einen vom Vertrauen des Volkes getragenen Gesetzentwurf unter Hinzuziehung der Naturheilmittelfachleute erneut zu beraten. Die Versammlung sollte dem Redner für seine Ausführungen danken. In der anschließenden kurzen Aussprache erfolgte einige laudliche Mitteilungen. Es wurde folgende vom Vereinsvorsitzenden Göhr zur Verlesung gebrachte Resolution einstimmig beschlossen, die den maßgebenden Körperschaften überhandt wird:

„Die am 3. Dezember 1925 im Gewerkschaftshaus zu Lübeck einberufene stark besuchte öffentliche Versammlung des Biochemischen Vereins Lübeck erblickt in dem von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten eine schwere Kulturgefahr für den Bestand des deutschen Volkes in allen seinen Schichten. Die verammelten Männer und Frauen erziehen die entscheidenden Körperschaften, diesen Entwurf in der vorliegenden Fassung, Form und Inhalt abzulehnen. Dieser ist in keiner Hinsicht mit den Bestrebungen eines modernen Kulturstaates in Einklang zu bringen, da er weder in sozialer, volkswirtschaftlicher, kirchlicher und nationaler Hinsicht den Anforderungen entspricht. Die mit diesem Gesetzentwurf angegebene Bekämpfung der Kurierfreiheit stellt angesichts des wirtschaftlichen Tiefstandes unseres Volkes eine unheilvolle Härte dar. Die §§ 4, 7, 11 und 12 des vorliegenden Entwurfs lassen ohne Zweifel die Absicht erkennen, daß er von einschüchternen Interessengruppen befürwortet wird, welche der Allopathie einseitig und der chemischen Großindustrie andererseits eine Monopolstellung gesichert sehen soll; weil die approbierte Allopathie mit Ausnahme von einigen Hundert Reformärzten ausschließlich mit gefährlichen Giften: wie Salvarsan, Quecksilber und Bismut behandelt.

Die Versammelten richten daher an die entscheidenden Körperschaften die Bitte, die folgenden Vorschläge als Ausgangspunkt neuer Beratungen dienen zu lassen.

1. Letzte aller Richtungen, sowie die Vertreter der großen Volkshilfsverbände zur Mitberatung heranzuziehen, welche vom Zentralverband der Heilmethode, Eich Heidelberg, benannt werden.
2. Daß die Kurierfreiheit auch weiterhin erhalten bleibt, dergestalt, daß der Kranke das Recht behält, die Heilmethode, sowie Behandler selbst zu wählen.
3. Daß die organisierte Volks- und Naturheilmittelfachschaft Biochemie, Naturheilverfahren, Homöopathie, Kräuterbehandlung usw. durch ein neues Gesetz nicht angefaßt wird.
4. Daß Aufklärung in Wort und Schrift bezüglich aller, ganz besonders der Geschlechtskrankheiten von der Regierung und den Behörden gefördert und moralisch unterstützt wird.
5. Daß eine neue steuerliche Belastung unseres Volkes weder auf direktem noch indirektem Steuerwege durch ein neues Gesetz der bekannten Art eintritt.

Diese Entschließung ist bereits im Reich in über 60 Kreisbesuchen öffentlichen Versammlungen einstimmig beschlossen worden.

Die künftige Gestaltung der Hauszinssteuer

Aus dem preussischen Finanzministerium wird dem amtlichen Preussischen Pressedienst geschrieben:

Entsprechend der Auffassung des Reichstages und dem Beispiel anderer Länder, die bereits die Friedensmiete als Besteuerungsgrundlage eingeführt haben, beabsichtigt die Regierung die Besteuerungsgrundlage für die Hauszinssteuer vom 1. April 1926 ab zu wechseln. An Stelle der Grundvermögenssteuer soll die Friedensmiete oder bei nichtvermieteten Grundstücken der Friedensmietewert (ortsüblicher Mietzins am 1. Juni 1914) treten. Die Steuer soll in bestimmten Hundertstücken der Friedensmiete (des Friedensmietewertes) erhoben werden.

Neben der Umstellung der Besteuerungsgrundlage soll vom 1. April 1926 an das Eigenkapital, das der Grundeigentümer am 1. Dezember 1918 am Grundstücke hatte, stärker als bisher steuerminierend berücksichtigt werden. Dem Eigentümer der steuerpflichtigen Grundstücke wird in der nächsten Zeit eine Anforderung zur Abgabe der Erklärung über die Friedensmiete der vermieteten Räume ihres Grundstückes zugehen. Für die Minderung der Steuer sind von den Eigentümern besondere Anträge bei der Veranlagungsbehörde zu stellen, für die ein von der Gemeindebehörde zu beziehender Vordruck zu benutzen ist.

Parteiverammlung

Am Dienstag, 8. Dezember, abends 7.30

Uhr, spricht im Gewerkschaftshaus

Genosse Dr. Leber über:

Große Koalition?

mit den Schwiegereltern, um die eigene Frau von ihnen zu lösen, nach alter Volkweisheit aufgezogen, interessiert uns heute doch nicht mehr sonderlich. Zudem: wiedermeierliche Anmut liegt dem diesjährigen Schauspielensemble, Schein's, wenig. Nur der alte Stengel ist ein richtiger Heber, alter poltriger Wiedermeierpapa. Den andern, auch den weiblichen Mitgliedern fehlt's (verzeihen Sie das harte Wort, meine Damen!) an der Järlichkeit der Seele, an dem feinen Duft der Spigenhörsen, von dem wir auch heute noch so gerne nippen. So war der Anfang ein bißchen langweilig; aber es war ja auch nur ein Vorspiel und das die Ende kam um so erfreulicher nach.

Stadtheater.

„Hänsel und Gretel“, Märchenoper in zwei Akten von Engelbert Humperdinck.

Das Antorch Brüdern den Klang und die Stimmpracht des Wagnerorchesters der Symphonie dienbar gemacht, so veruchte Humperdinck, Nibelungenklänge in die Märchenoper einzuführen. Man hat deshalb wohl „Hänsel und Gretel“ die „blechgepanzerten“ Befehlsbinderkindern genannt. Sehr zu Unrecht; denn gerade die Titelrollen sind, abgesehen vom Schluß des ersten Aktes, mit orchesterlicher Schwere nirgends belastet. Frisch und unbedürftig tanzen sie durch die Oper und ihr Gesang ist von harmloser Fröhlichkeit. Die Verwendung bekannter Volkslieder macht ihn besonders anziehend. Die Klage der Mutter um den zerbrochenen Topf und über das elende Leben, das nach dem ersten Bild einleuchtende Zwischenpiel und die Orchesterführung der hereinbrechenden Nacht allerdings zeigen wagnerische Art. „Doch lag ich nicht, daß das ein Fehler sei“, singt Sachs in den Meistersingern.

In der diesjährigen Aufführung wurden die Titelrollen von den Damen Bruhn und Studt gesungen. Fräulein Bruhn, die diesmal die Hofenrolle gab, bereicherte mit ihrem Hänsel vielen eine Ueberraschung. Sie stellte einen lustigen, frisch-frechen und doch herzigen Burschen von drohlicher Natürlichkeit auf die Bühne. Gelanglich gab sie ebenfalls ihr Bestes, obwohl die Rolle, die meistens von einer Mezzosopranistin oder einer Altistin geungen wird, ihr etwas tief lag. Fräulein Studt, ein drohles Gretel, weiterte an Fröhlichkeit mit dem älteren Bruder. Ihre schelmische Art zu singen, stand ihr so gut wie das kindliche Schmelzen. Die festhaften Töne, mit denen sie das Orchester überwand, wirkten freilich für ein Gretel unnatürlich. Herr Hartmann traf den Ton gut, der dem Vater eignen muß, während Fräulein Harber sich in ihrer Rolle anscheinend nicht ganz

wohl fühlte. Dem Sandmännchen und dem Laumännchen ließ Fräulein Dähle ihre helltönende Stimme. Die Kaiserperze mußte auch Fräulein Sanderowina nicht sehr wahrheitsmäßig an gestalten; ihrem Gesang lauschte man dagegen gern.

Herr Eggert, dem die treffliche Jägerinnung zu danken ist, zeigte einen stimmungsvollen Märchenwald, in dem er auch die Engelshar geschickt einzuführen mußte. Der Belandung, sowohl im Wald beim Sinken des Nebelspielers als auch im ersten Bild, wird er keine Aufmerksamkeit noch zuwenden müssen. Am Punkt lag Herr Borucka, der es verstand, die Feinheiten der Partitur wirken zu lassen.

Der Oper folgte die Ballettpantomime „Die Puppenfee“ mit der Musik von Joseph Bayer. Die Ballettmusik, Fräulein Käthe Hartung, hat ihr eine vorzügliche Einstudierung angehehen lassen. Sie selbst zeigte sich in der Titelrolle als eine Meisterin des Spigenanzes. Einzel- und Gruppen tänze einten sich zu einem abwechselungsvoll bunten Bilde das Entzücken und starken Beifall hervorrief. Herr Rohlstedt bot als Spielwarenhandler eine amüsante Chaplin-Karikatur.

Frostbeulen. Wenn draußen der Schnee hoch liegt und die Kleinen ihre Kurzweil im Schlittensahren und Schneeballwerfen suchen, kommt nur zu leicht die Klage am Abend: O weh, ich habe wieder Frostbeulen an den Händen oder den Füßen. — Schade, daß ich es nicht schon im Vorjahre Euch anraten konnte, ihr armen Kleinen, das ganze Jahr hindurch besonders fleißig durch kalte Fuß- (oder Hand-)bäder euch gründlich abzuhalten. Sehr freilich, wenn das Unheil einmal geschehen ist, werden warme Fußbäder und hernach kalte Uebergüsse am besten sein und die zur Heilung und weiteren Verhütung von Frostschäden notwendige Blutzufuhr zu den erkrankten Stellen erwirken. Sehr oft „erfrieren“ uns Stellen an Händen und Füßen, weil wir die kalten Hände und Füße sich nicht langsam erwärmen lassen, sondern weil wir sie ohne Uebergang unmittelbar an den warmen Ofen, sogar an die Glut, heranbringen. Welche warme Handgüsse, warme Strümpfe und nicht zu enges Fußzeug sind gute Helfer, um die Frostbeulen abzuwehren. Zinksalbe oder Bleisalbe gehört auf offene Frostbeulen; auf ältere Froststellen wirken Einreibungen gut oder Beinreibungen mit Zedertintur. Bei ganz frischen Erfrierungen sind Abreibungen mit Schnee oder kalte Umschläge und folgende Abreibungen anzuwenden. Im übrigen ist eine sorgfältige Hautpflege notwendig; dann kommen Frostbeulen weit seltener oder nie.

L. M.

Die Aufwertungsfristen werden nicht verlängert!

In letzter Zeit hat sich die Ansicht verbreitet, die im Aufwertungsgelehe vorgesehenen Fristen würden, wie es in anderen Fällen gelegentlich geschehen ist, verlängert werden. Demgegenüber wird von zuständiger Seite darauf hingewiesen, daß das Reichsjustizministerium eine Hinzuabhebung der vorgeschriebenen Termine, zu der überdies der Erlaß eines Reichsgelehes nötig ist, nicht beabsichtigt.

Aus der Invalidenversicherung

Ist ein Angestellter, der beim Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung das 60. Lebensjahr schon vollendet hat und deshalb nach § 1 Abs. 3 des Angestelltenversicherungsgesetzes nicht mehr der Angestelltenversicherung unterliegt, versicherungspflichtig auf Grund der Invalidenversicherung? Diese Frage, welche vom Versicherungsamt bejaht, von Landesversicherungsamt und Oberversicherungsamt verneint worden war, unterlag kürzlich der Beurteilung durch das Reichsversicherungsamt.

Das Versicherungsamt hatte die Versicherungspflicht zur Invalidenversicherung bejaht, weil nach § 1226 der Reichsversicherungsordnung „Gehilfen“ in Invalidenversicherungspflichtig sind, soweit sie nicht nach dem Angestelltenversicherungsgesetz versicherungspflichtig oder versicherungsfrei seien. In diesem Falle sei der Angestellte infolge Uebertritts der Altersgrenze bei Beginn der versicherungspflichtigen Beschäftigung nicht angestelltenversicherungspflichtig; er gehöre aber auch nicht zu den in dem Angestelltenversicherungsgesetz als „versicherungsfrei“ bezeichneten Personen; er unterliege daher der Invalidenversicherungspflicht.

Das Reichsversicherungsamt ist in einer grundsätzlichen Entscheidung (Amt. Nachr. 1925 Nr. 11) dieser Auffassung entgegengetreten. Die Entscheidung erkennt zwar an, daß die Uebertragung der Altersgrenze unter den §§ 11 bis 14 des Angestelltenversicherungsgesetzes aufgeführten Befreiungsgründen nicht genannt ist. Dies läßt jedoch nicht aus, daß auch Personen, die beim Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung das Alter von 60 Jahren schon vollendet haben, „versicherungsfrei“ im Sinne des Angestelltenversicherungsgesetzes seien. Der Ausdruck „versicherungsfrei“ bedeute sowohl eine Befreiung von einer an sich bestehenden Versicherungspflicht als auch den Ausschluß von der Versicherung überhaupt. Somit sei der betreffende Angestellte „versicherungsfrei“ im Sinne des Angestelltenversicherungsgesetzes und könne nicht zu den im § 1226 Abs. 1 Nr. 4 der Reichsversicherungsordnung genannten Personen gehören, da hier gerade diejenigen Gehilfen ausgenommen sind, die „versicherungsfrei“ nach dem Angestelltenversicherungsgesetz sind.

Wohlverstanden handelte es sich hier um einen Angestellten, der auch in der versicherungspflichtigen Beschäftigung vorher nicht ausgebildet hätte, vielmehr Unternehmer bzw. Privatmann gewesen war. Bemerkenswert ist auch noch, daß nach dem Gesetz vom 28. Juli 1925 die Altersgrenze bei dem Eintritt in die versicherungspflichtige Beschäftigung nicht gilt, wenn ein nach dem 4. Buche der Reichsversicherungsordnung (Invalidenversicherung) Versicherter in eine nach dem Angestelltenversicherungsgesetz versicherungspflichtige Beschäftigung „übertritt“. ck.

Auch der Einzelhandel gegen Abbau des Mieterhutes

In Berlin tagte eine Hauptversammlung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Es wurde insbesondere die Lage des Einzelhandels besprochen, die in der gegenwärtigen Situation als besonders ungünstig bezeichnet wurde. Bei dieser Gelegenheit befaßte sich der Hauptausschuß auch mit dem von der Reichsregierung beabsichtigten Abbau des Mieterhutes. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß in der gegenwärtigen Zeit eine Abschwächung des Mieterhutes, besonders insoweit es sich um die vom Einzelhandel benutzten gewerblichen Räume handle, zu einer unerträglichen Schädigung des auf einen bestimmten örtlichen Absatz angewiesenen Einzelhandels führen würde. Insofern lehnte der Hauptausschuß den Entwurf des Gesetzes zur Abänderung des Mieterhutes ab.

So erfreulich es ist, daß auch in Kreisen des Einzelhandels wo es zahlreiche Hauseigentümer gibt, die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Mieterhutes sich Bahn bricht, so ist es doch bezeichnend für den dort vorherrschenden Geist, daß man nur Verständnis für eigene Bedrängnisse, die Notlage anderer Mieterkreise aber nicht im selben Umfange anerkennt. Ober welchem Zwecke soll sonst die einschränkende Formel dienen?

„Unter Verzicht auf Widerruf“, so heißt es in den amtlichen Formularen, die der betrogene Reichsanleihegläubiger zur Anmeldung benutzen muß. Diese Klausel hat in den beteiligten Kreisen lebhaften Unwillen hervorgerufen. Der Vorstand des Hypothekengläubiger- und Sparers-Schutzverbandes, e. B. Berlin, teilt hierzu folgendes mit: Wie uns Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Köpfer mitteilt, ist man an der zuständigen Stelle des Ministeriums der Meinung, daß es niemandem verwehrt werden kann, in den Formularen zur Anmeldung der Kriegsanleihe die Worte: „Unter Verzicht auf Widerruf“ durchzustreichen und auch den Vorbehalt zu machen, welchen wir stets empfohlen haben, daß sich der Anmeldende gegen den Verlust eines jeden Rechts vermahnt, das sich durch die Geltendmachung oder Rechtspredung herausstellt. Wir erwarten in Kürze eine offizielle Erklärung der zuständigen Stelle, indem wir nachmals feststellen, daß die Regierung kein Recht hatte, diesen Verzicht zu Einfügung der Worte: „unter Verzicht auf Widerruf“ nachträglich verlangen, und daß sie die Ermächtigung, amtliche Formulare für die Anmeldung der Kriegsanleihen herauszugeben, durch die hat. Wir verstehen heute noch nicht, was diese ominösen Worte bedeuten sollen. Unseren Mitgliedern raten wir, sich auch durch Abweichungen bei Banken oder Sparkassen, welche sich gegen die Streichung des Verzehrs oder die Annahme des Vorbehalts sträuben, nicht beirren zu lassen. Bis zu Ende Februar ist Zeit für die Anmeldung und mit Zahlungen ist die Regierung sowieso nicht bei der Hand. Wer aber den Sparern und Gläubigern von solchen Vorbehalten abtrifft, ist sehr unvorsichtig, und die Reichsbankstellen, welche glauben, antündigen zu dürfen, daß sie Formulare mit Veränderungen vorläufig nicht bearbeiten würden, sind auf dem Holzwege. Hat denn die Regierung das etwa gut geheßen? Schon ist eine „kleine Anfrage“ von den Herren Reichstagsabgeordneten Oberlandesgerichtspräsident Dr. Best und Landeserziehungsrat Seiffert mit der nötigen Unterstützung im Reichstage eingebracht worden, um den Unruh aufzuklären, welcher in dieser Hinsicht getrieben wird. Wie wir hören, stimmen Abgeordnete aus allen Parteien dieser Anfrage zu, weil man die barocke Behandlung, welche den um ihre Rechte besorgten Gläubigern und Sparern zuteil wird, auf das schärfste mißbilligt. Die Anfrage wird nötigenfalls die weitgehendste Unterstützung finden. Wir bitten unserem Reichsverband erst mitzuteilen, wo der Anfang der Zurückweisung der Vorbehalte weiter getrieben wird. Auch dem Reichsbankpräsidenten und sonstigen vorgesetzten Stellen sollte sofort Mitteilung gemacht werden. Wir verzichten auf nichts — insbesondere nicht auf die Rechte, welche wieder durchzusetzen wir als unsere höchste Aufgabe betrachten. Wie aus Herr Dr. Köpfer außerdem mitteilt, wird die Regierung alsbald auch weitere anstehende Forderungen an den sich häufenden Zweifelsfragen z. B. über das Erlöschen von Rechten bei Wahl der Borgensrente, über Rechte von Erbansprüchern von Mißgefallen und Selbstgläubigern, über die Verteilung auf Angehörige und die Wahl verschiedener Rechte (Auslösungsrecht oder Rente) und dergl. mehr bekannt geben. Wir werden sie sofort zur Kenntnis bringen und raten, in Zweifelsfällen mit einiger Geduld zu warten, und keine überhastigten Anmeldungen abzugeben.“

Neues aus aller Welt

Der völkische Pastor Münchmeyer auf Vortum als Apostel Paulus

Pastor Münchmeyer auf der Insel Vortum, über dessen skandalöses Treiben wir wiederholt berichtet haben, der Juden und Christen, wenn sie nicht „völkisch“ gestimmt sind, auf das schmachvollste verunglimpft, hat jetzt in Nr. 108 der Vortumer Zeitung und Beilage die folgende Kennzeichnung erhalten:

Offener Brief an Herrn Pf. Münchmeyer.

Nachdem nunmehr durch eidliche Zeugenaussage erhärtet ist, daß Sie eine meiner Patientinnen im Krankenhause nicht-lich heiligt und geküßt haben und nachdem Sie selbst vor dem Untersuchungsrichter zugegeben haben, daß Sie gelegentlich dieses Reiches den Unterleib der jungen Dame angestastet haben, um angeblich die vorhandene Operationsnarbe zu fühlen, unterstelle ich erneut dem Urteil der Öffentlichkeit, ob Sie noch weiter für die Tätigkeit als Pfarrer und Seelsorger geeignet und würdig sind.

Der Vorwand, daß Sie die Narbe nur betastet hätten, um Material gegen mich zu sammeln, da Sie mich der fahrlässigen Tötung für verdächtig hielten!!! ist ebenso gewissenlos wie unglaubwürdig, zumal Sie mit dieser unsinnigen Behauptung erst jetzt und offensichtlich zu Ihrer Entlastung hervorgetreten sind.

Sollten Sie trotzdem jetzt den Anschein erwecken wollen, daß man Sie mit Ihrer Ausrede ernst nehmen sollte, so erwarte ich von Ihnen, falls es noch nicht geschehen sein sollte, daß Sie unverzüglich gegen mich bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstatten und das öffentlich bekanntgeben. Unterlassen Sie diese Anzeige, so sind Sie ein gemeiner Verleumder.

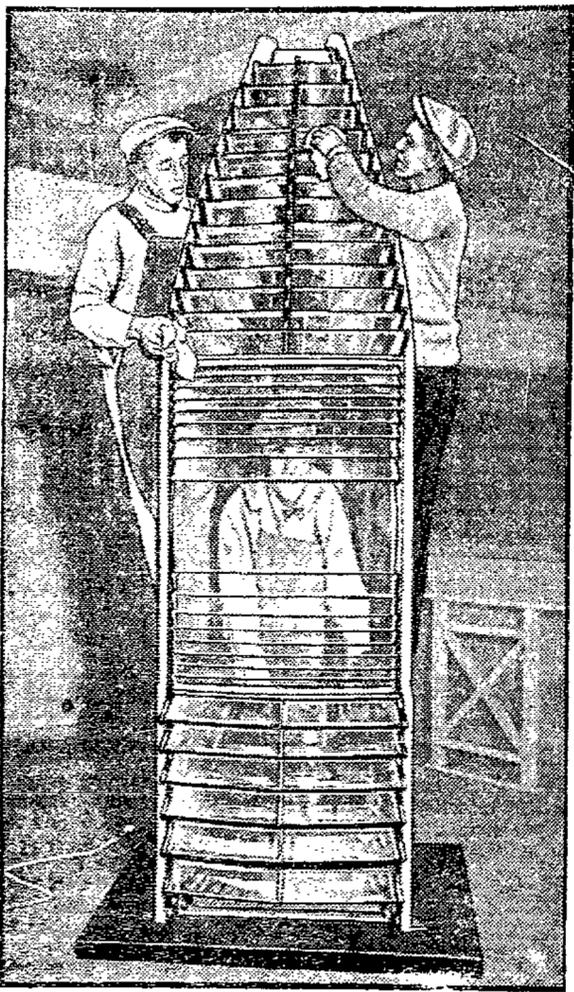
Dr. med. Benisch.

Aus Briefen, die dem Berliner Tageblatt in beglaubigter Abschrift zur Verfügung gestellt werden, geht weiter hervor, daß dieser würdige Gottesmann zur Rechtfertigung seiner Rüsse, die er der Patientin des Doktors Benisch nachts im Krankenhause gegeben hat, sich auf den Apostel Paulus beruft. In einem Briefe heißt es: „Ich glaube bestimmt, daß der Apostel Paulus, der im Römerbriefe Kap. 16 V. 16 Männer und Frauen aufzählt, die er grüßen läßt und auffordert: „Grüßet Euch untereinander mit dem heiligen Kuß“, das nicht anders würde bezeichnen können, was sich am Abend beim Abschied ereignet hat.“

Was so ein „völkischer“ Pastor nicht alles fertigbringt, um seine Lüsterheit zu rechtfertigen. Hoffen wir, daß unser Volk von dieser „völkischen“ Krankheit recht bald genesen wird.

Die größte Scheinwerferlampe der Welt.

die eine Stadtweite von bisher unbekannter Ausdehnung hat, wurde in den Vereinigten Staaten fertiggestellt. Die neue Lampe, deren Reinigung unser Bild zeigt, ist für den New Yorker Leuchtturm bestimmt.



Küdnitz. Die Bezirksleitung der Elterngemeinschaft ladet zu einer Versammlung am Dienstag, dem 5. Dezember, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Dieckmann ein. Eine Gruppe der Jugend wird in der Reformkleidung aus der G. G. einen Reigen aufführen. (Siehe Inserat.)

Küdnitz. Wichtige Versammlung. Wie es schon in anderen Orten geschehen, ist es auch in Küdnitz höchste Zeit, daß sich die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen zu einem Disziplinär zusammenschließen, das den Zweck hat, neben der Ausbreitung und Vertiefung der Gedanken der Arbeiterbewegung, Ordnung in das gesellschaftliche Leben zu bringen. Es müssen Vereinbarungen getroffen werden, daß Versammlungen und Berggängen o. stattdessen, wie das Interesse der einzelnen Vereine es erfordert. Die Vorstände sämtlicher freien Gewerkschaften und Vereine sind deshalb zu einer Besprechung eingeladen, die Montag, den 7. ds. Mts. abends 8 Uhr bei Janke stattfinden soll.

„Die neue Großmacht“

Zum Olympia-Film im Zentral-Theater.

Der Preisausschuß des 2. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes schreibt uns:

Zu den führenden Großmächten der Welt, die sich bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstehen und trotz der Verträge von Locarno eine nicht gerade freundliche gegenseitige Haltung einnehmen, hat sich eine neue Großmacht gestellt, eine Großmacht des Friedens, die sich aus den Arbeiterheeren der ganzen Welt zusammensetzt. Diese neue Großmacht heißt Arbeiterport. In Frankfurt a. M., der alten Demokratienstadt, im Juli dieses Jahres, kamen sie zu Hunderttausenden zusammen, von Letland, Dänemark, Ungarn, Schweden und Polen. Aus Deutschland fehlten

Der „schwere Schicksalsschlag“ des Völkischen

Die Buchdrucker-Beizler G. m. b. H., versendet nach Defter reich folgendes Zirkular:

Aufruf an die Turnwartkreise und Freunde der Karl-Knauff-Gemeinde.

Infolge des schweren Schicksalsschlages, der unsern Karl-Knauff sowie dessen Familie betroffen hat, steht der gesamte Betrieb des Verlages.

Die unterzeichnete Firma, die schon seit Jahren für Karl-Knauff Aufträge erledigte, ist bereit, den im Druck befindlichen Roman von Karl-Knauff „Die Steinische der“ fertigzustellen, falls hierfür die nötige Anzahl Exemplare verkauft werden könnte. Die Druckerei will lediglich den bereits angefangenen Roman zu Ende führen und damit die Druckkosten herausbringen, während auf der andern Seite Sie durch Bestellung des Romans Herrn Karl-Knauff auf das lebhafteste unterstützen können. Es hängt also davon ab, daß eine große Anzahl Bestellungen eingeht.

Wer ist Karl-Knauff? Ein völkischer Agitator, über den aus Berlin Ende Juli folgende Meldung verbreitet wurde:

Der 38-jährige Schriftsteller Karl-Knauff, der sich auch den Titel Doktor und Professor beilegte, hat das Postamt Berlin-Hermsdorf durch geschickte Machenschaften mit Postschicks, deren Deckung er fingierte, um etwa 45000 Mark betrogen.

Ja, wenn ein Völkischer als Betrüger entlarvt wird, so ist das ein schwerer Schicksalsschlag, der ihn getroffen hat. . .

Die letzte Volkszählung in Japan. Eine am 10. Oktober in Japan vorgenommene Volkszählung zeigt, daß Japan gegenwärtig eine Bevölkerung von 59 736 000 Seelen hat. Von dieser sind 30 012 000 Personen männlichen Geschlechts. Verglichen mit der im Jahre 1920 erfolgten Volkszählung ergibt sich eine Zunahme der Bevölkerungsziffer von 3 773 000 Personen.

Eine Spritkühleraffäre. Eine aufsehenerregende Spritkühleraffäre hat sich in Tilsit ereignet. Auf dem dortigen Bahnhof sind 3000 Liter Transtisprit, die für das Memelgebiet bestimmt waren, nach Insterburg verschoben worden. Auf Anordnung des Landesfinanzamts Königsberg wurden einige Personen darunter einige Postkassentanten und die Spektreure Gebrüder Kubatth festgenommen. Der eine Postkassentant, Nolde, hat sich seiner Bestrafung durch Selbstmord entzogen.

So ändern sich die Zeiten!

Man schrieb noch goldene Friedensjahre. —

Aus jeder Ecke knallte ein Pfat uns an:

„Fürs Vaterland (nur mündelicher!) spare, spare!“

Und folgten als der „Kleine Mann“.

Dann kam der Krieg, und wieder wurden wir verdroht:

„An Kriegsanleihen, an die teuren, schließ dich an!“

Dein Geld ist sicher, dito der Gewinn! — Die letzten Großzügler

zog aus der Tasche man dem „Kleinen Mann“.

Dann kam das dicke Ende, Inflation und Pleiten,

pompöse Aufwertungsversprechungen und dann

— man sieht, so ändern sich die Zeiten! —

nur — 5 Prozent (Versprechung) für den „Kleinen Mann“!

Man schrieb noch grauer Vorzeit Jahre —

die Zollengrüßlein zogen auf der Strauchdieb-Bahn;

Kraubritter, raubten sie dem Kaufmann seine Ware

und plünderten bei Nacht den „Kleinen Mann“;

bei Räubern, Brennen, Morden zu des Volkes Schaden,

so wurden auf den Gräbern: Fürsten, Könige und dann

mit Raubguts Hilfe „Kaiser“ gar „von Gottes Gnaden“,

die nun bei Tag auch plünderten den „Kleinen Mann“.

Dann kam ihr Größenwahnsinn, eilt uns in die Pleiten —

doch Wilhelm nahm, was er erasst vom „Kleinen Mann“

und lief davon — so ändern sich die Zeiten,

was man vom Hohenzoller nicht behaupten kann!

Man schrieb noch 1866 (schon vergessen — ???),

und Bismarck, Gott der Deutschen, war der Mann der „Tat“,

der damals den entthronten Fürst von Hessen

sowie den Welfen-König glatt enteignet hat!

Er gab den Fürsten nichts, nahm ihnen alles,

weil sonst der Staat bedroht sei, wie er lehrte,

und man nur ihre Putzsch finanziere andernfalls —

die „Republik“ jedoch mach's umgekehrt:

sie gibt den Fürsten Millionen, uns die Pleiten,

damit der Zoller seinen Putzsch bezahlen kann!

Jawoll, jawoll — so ändern sich die Zeiten!

Was täte — Bismarck? Und — was tut der „Kleine Mann“??

Josef Maria Frank

selbst die Dörfer und kleinsten Städte nicht. Per Schiff oder per Bahn waren sie herbeigezogen, um in friedlichen Kämpfen ihre Kräfte zu messen. Eine volle Woche stand Frankfurt a. M. ganz im Banne dieser Riesenspektakel. Von den vielen unvergleichlichen Bildern, die in Frankfurt zu sehen waren, hat nur der in Deutschland im besten Rufe stehende Filmregisseur Wilhelm Praeger einen Film geschossen, der in Hamburg vor einem geladenen Publikum vorgeführt wurde. Der Film war für uns alle ein Erlebnis dessen Tiefe, erhebende Nachwirkungen noch lange Zeit in uns klingen werden.

Besonders fein ist der Anfang. Ein „Gemeiner“ in Kommünungen wird gezeigt. In der Szenenänderung sieht man Schießeübungen auf Holzstößen, die Menschen darstellen. Wichtig sind auf mächtige Rauchwolken fliegen auseinander, Erdfontänen spritzen herum. Die „Menschen“ fallen um. Durch den sich verziehenden Rauch ist plötzlich das Stadion in Frankfurt zu sehen, in dem Hunderttausende mit äußerster Spannung einen Weltlauf von 10 Läufern der verschiedensten Länder verfolgen. Der friedliche Kampf, der den Körper stählt, ist dem menschenvernichtenden Kampf entgegengesetzt. Ein feiner Aufsat! Eine ebenso feine Wirkung wird mit dem Turnen „Einst und Jetzt“ erzielt. Auf einem engen Schulhofe inmitten hoher Steinhäuser „turnt“ ein engbrüstiger Lehrer mit seinen Schülern „Stabsübungen“. Dem armen Manne scheinen sämtliche Gelenke eingerostet zu sein. Die armen Jungen, denen diese Sache tödlich langweilig zu sein scheint, leiden an derselben Krankheit. Das Gegenbild „Jetzt“ zeigt eine große Rasenfläche und 50 junge Spielende, springende Mädel im Badeanzug bei frohem Spiel.

Besonders interessant wirken auch die Aufnahmen mit der Zeitlupe. Hier kann auch der Laie erkennen, wieviel Kraft, Mut und Gewandtheit dazu gehört, um einen Stabhochsprung von drei Meter Höhe auszuführen.

Die Leichtathletik ist in dem Film überhaupt stark vertreten. Starke Eindruck hinterlassen hier wieder die Kämpfe

ander, die sogar beim 25-Kilometer-Lauf auf jede Erfrischung verzichteten.

Impionierend wirkten auch die Kadetten, unsere „rote Kavallerie“, die in einer Stärke von 23 000 Mann zu sehen ist. Auch Kunstreiten und Wettfahren werden gezeigt.

Natürlich fehlen auch die Schwimmer nicht. Die Turnsprünge, durch Freitape festgehalten, sind hervorragend schön.

Von der Schwereathletik wird der Endkampf im Ringen zwischen einem Finnländer und Deutschen gezeigt, bei dem der Deutsche Sieger bleibt.

Die unfeindliche Bogerei ist ebenfalls im Bilde festgehalten. Der Bogkampf der Araber, obgleich dieser Kampf einem Hahnenkampf gleich und deshalb viel Heiterkeit erregte, hätte fortbleiben können.

Das Turnen der Länder ein Wettkampf um das beste System, war ebenso lehrreich wie interessant. Den Deutschen darf man hier die Siegespalme reichen.

Auf dem Main sieht man in ganz trefflich gelungenen Bildern die Arbeiterkämpfer kämpfen. Hier hat die Reichshauptstadt ganz gute Erfolge erzielt.

Den gewaltigen Eindruck hinterlassen jedoch die zweitausend Spielleute des Bundes, die Massenübungen der Turner und Turnerinnen sowie der ungeheure Festzug, marschiert in Sechszehntausend.

Hier muß die Feder schweigen, hier wirkt weit besser das Bild. Dieses Bild aber zeigt uns, was Arbeiterdisziplin, was selbstlose Hingabe jedes einzelnen an eine große Sache vermag.

Der Film wird nicht nur in Deutschland gezeigt werden, sondern überall in der Welt, wo Menschen wahre Kultur treiben. Und hier wird er wirken, wird werden, und eine Propaganda betreiben, die jeden Kulturmenschen mit innerster, reinster Freude erfüllen muß.

An die Lübecker und an die gesamte norddeutsche Arbeiterschaft ergoht der Ruf, dieses Werk durch Besuch zu unterstützen. Dieser Film ist keine Angelegenheit der Sportler allein, sondern aller Kulturmenschen, die für Völkerverständigung und Weltfrieden wirken und werden.

In Lübeck wird der Film „Die neue Großmacht“ vom 8. bis 14. Dezember im Zentraltheater zu sehen sein. Ehrenaufgabe der Lübecker Arbeiterschaft sollte es sein, diesen Kulturfilm durch Besuch zu unterstützen.

Neuerwerbungen der Stadtbibliothek

- (Im Lesesaal zur Ansicht ausgelegt vom 6. bis 20. Dezember)
- Cassel, Gustav: Das Stabilisierungs-Problem oder der Weg zu festen Währungen. Lübeck 1925. (Düker-Schriften 2.)
- Dante: Das neue Leben (und Irische Gedichte). Hrg. von Albert Ritter. Berlin 1921.
- Döhner, D. H.: Geschichte der Eisenbahnindustrie. Berlin 1925.
- Dokojewski, (S. M.): Liebeserzählungen, Hrg. von Johs. von Günter. München o. J.
- Gatsher, Emanuel: Die Jugendtechnik Max Regers. Stuttgart 1925.
- Harms, Bernhard: Die Zukunft der deutschen Handelspolitik. Bb. 1. Jena 1925.
- Holtei, Karl von: Goethe und sein Sohn. Weimarer Erlebnis in den Jahren 1827—1831. Hamburg (1924).
- Jung, Fritz: Sad London, ein Dichter der Arbeiterklasse. Wien 1924.
- Kapp, Julius: Berlin, 4. bis 7. Aufl. Berlin 1922.
- Klaffowski, Erich: Honoré Daumier. 2. verb. Aufl. München 1923.
- Mummehoff, Ernst: Der Handwerker in der deutschen Vergangenheit. 2. Aufl. Jena 1924. (Die deutschen Städte in Einzeldarstellungen.)
- Spranger, Ebnard: Wilhelm von Humboldt und die Reform des Bildungswesens. Berlin 1910. (Die großen Erzieher, Bb. 4.)

Wenn der Schnee schmilzt

Die Großstädte im Kampf gegen die Schneemassen!

Die Zeitungsmeldungen berichten überall von ergiebigen Schneefällen. Interessant sind nun die Berichte, wie man überall in den Großstädten bemüht ist, diese für den Großstadterkehr unangenehmen Schneemassen möglichst bald zu beseitigen.

Durchweg hört man nur davon, daß die Schneemengen nach altem Brauch auf Wagen geladen und aus der Stadt hinausgeführt werden. Das ist natürlich bei andauernden Schneefällen ein sehr umständliches und für die auch kostspieliges Verfahren. Ausschlaggebend bei der Wertung dieses Verfahrens dürfte vor allen Dingen der Umstand sein, daß viel, unter Umständen viel zu viel Zeit dazu gehört. In schneereichen Wintern können doch durch solche unzureichende Hilfsmaßnahmen unliebsame Schwierigkeiten entstehen.

Da ist es nun außerordentlich interessant, wie man sich in andern Ländern hilft! In der finnischen Hauptstadt Helsinki benutzt man zur Beseitigung des Schnees große, umfangreiche Trichter. Diese Trichter werden voll Schnee geschauvelt. Durch Elektrizität erhitzt man diese Aufnahmebehälter, der Schnee schmilzt und läuft als Wasser in die Gieße.

Auf solche neuzeitliche Art kann man in ganz kurzer Zeit die Hauptverkehrsstraßen der Großstädte von dem lästigen Schnee befreien.

Filmchau

wb. Stadthallen-Vorstellungen. In Deutschland und den spanischen Pyrenäen rollen die beiden Hauptfilme dieses neuen Wochenplanes. „Des Lebens Würfelspiel“ ist voller Tendenz, Technik und Darstellung. Der Regisseur Heinz Paul hat ganz nette Arbeit geleistet. Aus der Handlung ist hervorzuheben, daß der Oberleutnant von Rhoden (Paul Hartmann) bei den Damen seiner Marinegarnison außerordentlich beliebt war. Von seinem Oberst wird ihm wegen seiner vielen Schulden der Marsch geboten. Nur 14 Tage Frist. Beinahe heiratet der Oberleutnant als Mittel und zur Tilgung, eine reiche Kommerzienrätstochter. Der Krieg von 1914 machte aber einen Strich durch diese Pläne. Unerwartung hatte von Rhodens seine Liebe auch vorher einem armen Mädchen, der jungen Tänzerin Anne Krüger (Hella Moja) geschenkt. Es blieb ihm nichts anderes übrig als mit der Liebe des einfachen, aber schönen Mädchens ins Feld zu ziehen. Als er zurückgekommen — in der Zeit der Inflation — wurde Rhodens Reicher. Die Anne war zu einer ganz berühmten Tänzerin aufgestiegen. Sie hatte Beziehungen zu einem reichen Bankier Neumann, den Ferd. v. Allen darstellte. Als dieser die Anne in das Lokal führte, in dem Rhodens bediente und diesen herabzusehen suchte, kam es zu einem scharfen Konflikt zwischen dem Bankier und dem Leutnantkellner. Der Bankier bekommt fürchterliche Hiebe auf dem Feite von Rhodens, der den armen Neumanns Fest mit Anne gelangt hatte. Die Tänzerin kündigt ihrem Gatte. Ein Industriegezwangiger, der Rhodens beobachtet hatte, machte ihn zum Direktor und er konnte dann Anne heiraten. Auch die übrigen Darsteller Jita Grünig, Frieda Richard, Dieckmann boten gute Leistungen. „Im Schatten der Sonne“ mit Diana Karenne in der Hauptrolle, ist wie bemerkt, nach Spanien verlegt. Ein einsames Gebirgsdorf mit herrlicher Bauerntrachten zeigen stark. Ein junges Ehepaar wird durch die Einbürgerung des Mannes zum Militär auseinandergerissen. Die heißblütige und schöne Frau dahelst wird dem Bruder des

Heute abend 8 Uhr

Genossenschaftsfilm

im Genossenschaftshaus
Eintritt frei Letzte Vorführung

Mannes anvertraut, der sie aber schon in der Jugend liebte und begehrt. In dem Rauhe einer Weisheit kommen die beiden wieder zusammen. Der Schwager, ein epistolarer Mensch überreicht den Vorfall als sein Bruder vom Militär zurückkehrt. Nach den Familienangelegenheiten fürst sich die junge Frau von einem Felsen. Sie will den Schwager nicht. Der Schuldige sucht die Abgestürzte und bringt sie in ein Krankenhaus, wohin er auch den Bruder — Vater und das Kind zu gehen bewegt. Und da der Frau über Gebilhr Leid getan, vorant die Ehe wieder zustande. Diana Karenne hat eine Prachtleistung. Auch die übrigen Darsteller verdienen Lob. Die Groteske „Tip und Top auf der Seereise“ hat weder Sinn noch Verstand. Und die Denkschau hatte in der ganzen Welt gegrast.



Partei-Nachrichten

Sozialdemokratischer Verein Lübeck
Sekretariat Johannisstr. 45. 1. Telefon 2448

Parteiabend. Morgen, Dienstag abend 7 Uhr im Parteisekretariat. Mittwoh, den 9. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, bei Dieckmann: Mitgliederversammlung. Redner kommt von Lübeck.

Schuböden. Mittwoh, den 9. Dezember, abends 8 Uhr, im „Landhaus“. Redner kommt von Lübeck.

Moislung. Abtug, Parteimitglieder! Dienstag, den 8. Dezember, findet der planmäßige Listuffionsabend stat. 8 Uhr im Kaffeehaus. Thema: Der grundsätzliche Teil des Seidelerger Parteiprogramms.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Moislung. Dienstag, den 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr im Kaffeehaus: Probe zum Elternabend. Sämtliche Mitwirkenden müssen erscheinen.

Sozialistische Kinderfreunde

Abteilung Hüllentor. Dienstag 7 Uhr: Helferinnenversammlung im Jugendheim. Besprechung der Weihnachtfeier.

Heute, Montag, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Genossin Solnich, Oberstraße 31 H. Vorstandssitzung. Sehr wichtige Besprechung des Helferinnen-Konkurses von Genossin Epstein. Anwesenheit der Bezirksleiterinnen unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Gewerkschaftliche Mitteilungen

Abtug Gewerkschaftsvereine. Gewerkschaftszeitung Nr. 40 und das Protokoll vom Gewerkschaftskongress ist sofort abzuholen.

Angrenzende Gebiete

Provinz Lübeck

Stofelsdorf. Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Dienstag, dem 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr bei Dietrichen in Faderburg. Erscheinen ist Pflicht. — Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß die neu eingekauften Bücher für die Bibliothek an diesem Abend ausgegeben werden. Der Vorstand.

Lauenburg

Lauenburg. Ein Großfeuer brach in der Krögerischen Mühle aus. Als es um etwa 2 Uhr morgens bemerkt wurde, schlugen die Flammen bereits zum Dach heraus. Nachbarn halfen an der Rettung der Mobiliten aus dem gefährdeten, unmittelbar anschließenden Wohnhaus; die Mühle mußte wegen der Ausdehnung des Brandes ihrem Schicksal überlassen bleiben. Auch das Wohnhaus wurde in Mitleidenschaft gezogen. Die Mühle ist vollkommen niedergerammt. Kein einziger Raum ist unversehrt geblieben. Stallungen und Schuppen blieben erhalten. Die Beschäftigten gestatteten sich bei der Kälte von 12 Grad äußerlich Schwierig.

Schleswig-Holstein

Riel. Seehunde im Rielser Hafen. Nahe dem Satorfai, im Binnenhafen, sind am Freitagmorgen — ein seltener Fall — vier Seehunde beobachtet worden, die einige Male für kurze Zeit auftauchten und dann in der Tiefe verschwanden.

Riel. Gemeinsam in den Tod. Nach einer Meldung des Norddeutschen Provinzialdienstes wurden zwischen Stein und Neustein zwei junge Leute erschossen aufgefunden. Es handelt sich um einen 20jährigen Studenten, namens Käbler, und den etwas älteren Buchhandlungsgehilfen Jurich, beide aus Riel. Sie hatten ihre Angehörigen benachrichtigt, daß sie aus dem Leben scheiden wollten. Die Ursache ist unbekannt.

Mitona. Weitere Entlassungen bei der Reemtsma. Die Zigarettenfabrik Reemtsma A.-G. in Mitona hat angekündigt, daß sie die Zweigfabrik Benrath Reisholz zum 17. Dezember gänzlich stilllegen werde. Der gesamten Belegschaft von ursprünglich etwa 400 Köpfen, wovon, wie bereits berichtet, kürzlich 50 Prozent entlassen wurden, ist zu diesem Zeitpunkt mit der Begründung gekündigt worden, daß die Stilllegung durch neuerliche Belastung bedingt sei.

Die Aufwertung von Hypotheken

Seit'e Anmeldefrist 31. Dezember 1925

Zur besonderen Beachtung!

Hypotheken, die zwar nicht gelöscht, aber ausbezahlt wurden, müssen ebenfalls bis 31. Dezember angemeldet werden. Andernfalls sie ebenso verfallen wie gelöschte Hypotheken.

A. Das dingliche Recht.

I. Welche Hypotheken werden aufgewertet?

Es ist zwischen den noch im Grundbuch stehenden und den bereits gelöschten Hypotheken zu unterscheiden:

- a) Die noch bestehenden Hypotheken, soweit sie vor dem 14. Februar 1925 eingetragen sind, auf Marx lauten und durch den Währungsverfall entwertet sind, werden aufgewertet (§§ 14).
- b) Gelöschte Hypotheken werden aufgewertet, wenn sich der Gläubiger bei der Annahme der Leistung seine Rechte vorbehalten hat (§ 14).
- c) Selbst wenn dieser Vorbehalt nicht gemacht worden ist, findet eine Aufwertung dann statt, wenn der Gläubiger die Leistung in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis 14. Februar 1924 angenommen hat. Diese Aufwertung findet jedoch nicht statt, wenn sie für den Eigentümer resp. den persönlichen Schuldner wesentlich erschwert ist oder eine unbillige Härte bedeuten würde im Hinblick auf (§ 15):
 1. Die wirtschaftliche Lage des Eigentümers des belasteten Grundstücks, insbesondere auch erhebliche auf den Währungsverfall oder die Verdrängung oder die Liquidation des Vermögens zurückzuführende Vermögensverluste.
 2. Die Höhe des bei der Vergrößerung des belasteten Grundstücks erzielten (geringen) Erlöses.
 3. Eine unbillige Härte für den Eigentümer oder persönlichen Schuldner, weil er nachweislich durch die Kündigung gezwungen wurde, Vermögensgegenstände weit unter dem wirklichen Werte zu veräußern, um die Hypothekenschuld zurückzahlen zu können.

II. Wie hoch wird aufgewertet?

- a) Die Hypotheken werden auf 25 v. H ihres Goldmarkbetrages aufgewertet (§ 4). Als Goldmarkbetrag gilt bei Ansprüchen, die vor dem 1. Januar 1918 erworben sind, der Nennbetrag. Im Fall des späteren Erwerbs wird der Nennbetrag, bezw. bei entgeltlichem Erwerb der Erwerbspreis, nach Maßgabe der dem Geleg beigefügten Werttabelle umgerechnet. Ein Erwerb nach dem 13. Februar 1924 bleibt für die Berechnung des Goldmarkbetrages außer Betracht (§ 2). Für die Berechnung des vorgenannten Goldmarkbetrages wird der Tag der Eintragung ins Grundbuch resp. das Datum der Abtretungserklärung zugrunde gelegt.

Bereits gelöschte Hypotheken (vgl. I b, c) werden nur dann aufgewertet, wenn der Gläubiger seinen Aufwertunganspruch bis zum 1. Januar 1926 bei der Aufwertungsstelle anmeldet. — Diese Anmeldung ist dem Interessenten, Eigentümer oder persönlichen Schuldner, von der Aufwertungsstelle anzuzeigen, und dieser kann dort innerhalb von 3 Monaten Einspruch erheben (§ 16).

Ist die Hypothek inzwischen abgetreten worden, und die Leistung nach dem 14. Juni 1922 oder unter Vorbehalt der Rechte angenommen, so wird auch zugunsten des früheren Gläubigers nach den vorgenannten Grundätzen aufgewertet, unbeschadet der Aufwertungsansprüche des neuen Gläubigers, des Erwerbers; es sei denn, daß Fälle vorliegen, in denen dem neuen Gläubiger der Erwerbstag des alten Gläubigers für die Goldmarkumrechnung zugute kommt, das sind die Fälle, in denen der neue Gläubiger auf Grund Erbganges, Einbringung in die eheliche Gütergemeinschaft, Ausstattung und ähnlicher familienrechtlicher Verhältnisse oder ihrer Auflösung erworben hat (§ 13).

- b) Eine Herabsetzung der Aufwertung kann verlangt werden, wenn dies „mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Eigentümers zur Abwendung einer groben Unbilligkeit unabweisbar erscheint“. Der Höchstbetrag der Herabsetz. beträgt 10 v. H. des Goldmarkbetrages. Sie muß bis zum 1. April 1926 bei der Aufwertungsstelle beantragt werden und kann nach Beantragung durch Ein-

tragung eines Widerspruchs ins Grundbuch gesichert werden (§ 8).

- c) Bei bereits gelöschten Hypotheken (vgl. I b, c) sind die bereits geleisteten Zahlungen in Höhe ihres Goldmarkbetrages auf den Aufwertungsbeitrag anzurechnen. Zahlungen, die vor dem 15. Juni 1922 ohne Vorbehalt angenommen sind, sind zum Nennbetrag auf den Aufwertungsbeitrag anzurechnen. — Für den früheren Gläubiger wird nur insoweit aufgewertet, als der für ihn zu berechnende Aufwertungsbeitrag die Gesamtheit der Aufwertungsbeiträge der ihm zeitlich nachfolgenden Gläubiger übersteigt (§ 18).
- d) Soweit die vorgenannten Grundätze keinen Anspruch auf Aufwertung der Hypothek gewähren, ist diese auch aus anderen Rechtsgründen ausgeschlossen, außer im Falle der arglistigen Täuschung (§ 19).

III. Rang der aufgewerteten Hypothek.

- a) Die noch im Grundbuch stehende Hypothek behält bei der Aufwertung ihren bisherigen Rang. Der Eigentümer kann jedoch im Range nach einer an erster Stelle stehenden aufwertenden Hypothek und vor den nachstehenden Rechten eine Hypothek oder Grundschuld in Höhe von 25 v. H. des Goldmarkbetrages des aufgewerteten Rechts eintragen lassen (§ 7). Gegenüber den in der Zeit vom 14. Februar bis 1. Oktober 1924 von einem andern erworbenen oder vorgemerkten Rechten geht die aufgewertete Hypothek mit dem Aufwertungsbetrag gegenüber der Aufwertung der 3. Steuernotverordnung (d. i. 15 Prozen) im Range nach (§ 7).
- b) Bei bereits gelöschten aber nach vorgenannten Bestimmungen demnach aufzuwertenden Hypotheken erhält die aufgewertete Hypothek auch ihren alten Rang wieder, soweit nicht der öffentliche Glaube des Grundbuchs oder die Vorschriften über das Erlöschen von Rechten durch den Zuschlag in der Zwangsversteigerung entgegenstehen (§ 20). Dasselbe gilt entsprechend, wenn die Hypothek inzwischen auf einen neuen Erwerber oder als Grundschuld auf den Eigentümer umgeschrieben ist resp. bei Briefhypotheken ein neuer Gläubiger legitimiert ist. Konturrieren die Aufwertungsansprüche des gegenwärtigen Gläubigers mit denen früherer Gläubiger desselben Hypothek, so geht jener im Range vor (§ 21).
- c) Die Rangverflechtungen, die nach IV b für die aufgewertete Hypothek eintreten würden, treten nicht ein, wenn sie durch nach dem 1. Januar 1925 erfolgtem Erwerb von Rechten durch den Eigentümer oder seiner Verwandten verursacht wurden, es sei denn, daß die Absicht der Beeinträchtigung fern lag oder das Recht vor dem 1. Juni 1925 auf einen nicht verwandten Dritten übergegangen ist. Nach dem 1. Juli 1925 erworbene Rechte stehen gleichfalls der Beibehaltung des ursprünglichen Ranges nicht entgegen.

Bis zum 31. Dezember 1925 können von dem Aufwertungsgläubiger Verfügungen über das Grundstück des Eigentümers, die nach der Löschung oder Umschrift seit dem 1. Januar 1925 erfolgt sind, angefochten werden, wenn sie in der dem andern Teil bekannten Absicht erfolgt sind, die Eintragung des Aufwertungsgläubigers an der bisherigen Rangstelle zu verhindern (§ 22).

IV. Eintragung der aufgewerteten Hypothek.

- a) Die Aufwertung der noch im Grundbuch stehenden Hypothek ist auf Antrag des Eigentümers oder des Gläubigers einzutragen (§ 6).
- b) Bei bereits gelöschten Hypotheken (I b, c) findet die Eintragung statt, wenn der Eigentümer sie bewilligt oder wenn die Eintragsfrist des § 16 (oben II a) ungenutzt verstrichen ist, oder wenn rechtskräftig festgestellt ist, daß ein Anspruch auf Wiedereintragung besteht. Dieser Anspruch kann durch Eintragung eines Widerspruchs gesichert werden (§ 16).

V. Zinsen und Tilgung.

Die vor dem 1. Januar 1925 fällig gewordenen Zinsen gelten für alle Hypotheken als erlassen. Für die noch im Grundbuch stehenden Hypotheken (vgl. I a) sind Zinsen vom Aufwertungsbeitrag zu zahlen, und zwar 12 Prozent p. a. für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli 1925,

2 1/2 Prozent bis 1. Januar 1926, 3 Prozent von dann bis zum 1. Januar 1928, später 5 Prozent.

Die erst wieder einzutragenden Aufwertungshypotheken werden erst mit dem Beginn des auf die Wiedereintragung folgenden Kalenderjahres verzinst (§ 28).

Die Verpflichtung zur Leistung von Tilgungsbeträgen ruht bis zum 1. Januar 1926. Die Tilgungsquote kann unter Umständen durch die Aufwertungsstelle erhöht werden (§ 20).

VI. Rückzahlung.

Der Hypothekengläubiger kann die Rückzahlung nicht vor dem 1. Januar 1932 verlangen. Vorschriften, die für besondere Fälle Kraft Gesetz, Vertrag oder Satzung eine frühere Rückzahlung vorsehen, bleiben unberührt.

Der Eigentümer resp. Schuldner ist berechtigt, vor dem 1. Januar 1932 drei Monate nach Kündigung den Aufwertungsbeitrag auszuführen (§ 25).

Auf Antrag des Eigentümers oder Schuldners, der bis zum 1. Januar 1927 bei der Aufwertungsstelle zu stellen ist, kann ihm Teilzahlung gestattet werden, die sich jedoch höchstens bis 1938 ausdehnen darf. Diese Stundung kann auf Antrag in das Grundbuch eingetragen werden. Die Stundung soll nur bewilligt werden, wenn es mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des dadurch Begünstigten zur Abwendung einer groben Unbilligkeit unabweisbar erscheint (§ 26).

Aus ähnlichen Erwägungen heraus kann eine Zwangsversteigerung wegen Zinsen oder Tilgungsbeträgen bis zur Dauer von 6 Monaten eingestellt werden (§ 31).

Auf Antrag des Gläubigers, der bis zum 1. April 1926 gestellt werden muß, kann, soweit es dessen wirtschaftliche Lage dringend erfordert und der Eigentümer oder persönliche Schuldner dadurch keine erhebliche Erschwerung seiner wirtschaftlichen Lage erleidet, angeordnet werden, daß bereits ab 1. Januar 1926 Abzahlungen geleistet werden, die jedoch 10 v. H. des Aufwertungsbeitrages und 1000 RM. pro Jahr nicht übersteigen dürfen.

Im vorstehend erwähnten Fall kann auch eine vereinbarte Ratenzahlung erhöht werden, wenn nicht das belastete Grundstück der Zwangswirtschaft unterliegt (§ 29).

VII. Bedeutung von gerichtlichen Entscheidungen und Vergleichen.

Ein in der Zeit vom 15. Juni 1923 bis zum 14. Februar 1924 geschlossener Vergleich steht der Aufwertung nach diesem Gesetz nicht entgegen, auch wenn der Gläubiger Kaufmann war und den Vergleich im Betriebe seines Handelsgewerbes geschlossen hat.

Im übrigen bleiben solche Vergleiche über die Aufwertung unberührt; soweit die Vereinbarung 25 v. H. des Goldmarkbeitrages übersteigt, gilt sie als Begründung eines neuen Schuldverhältnisses; bis zur Höhe von 25 Prozent gelten die vorgenannten Rangparadigmen (§ 67).

Ist die Aufwertung durch eine gerichtliche Entscheidung geregelt, so behält es dabei sein Bestehen, in den Fällen jedoch die Wiedereintragung auf Grund der §§ 15-24 jedoch demnach statt (§ 68).

B. Die persönliche Forderung.

Die persönliche Forderung wird grundsätzlich ebenso aufgewertet wie das dingliche Recht (§ 9).

Bis zum 1. April 1926 kann eine Abweichung vom normalen Höchstmaß beantragt werden, wenn es sich um Forderungen aus einem Geschäfts- oder ähnlichen Verhältnis, aus Auseinandersetzungen zwischen Miterben, Ehegatten, Eltern und Kindern usw., um Kaufgeldforderungen für den Erwerb des mit der Hypothek belasteten Grundstücks handelt, die nach dem 31. Dezember 1908 begründet worden sind, selbst wenn die Kaufgeldforderung bei ihrer Begründung in eine Darlehnsforderung verandelt ist; ist diese Kaufgeldforderung vor dem 1. Januar 1912 begründet, so darf die Aufwertung 75 v. H. ist sie vor dem 1. Januar 1912 begründet worden, so darf der Satz von 100 v. H. des Goldmarkbeitrages der Forderung nicht überschritten werden. Die Abweichung vom normalen Aufwertungsmaß ist unzulässig, wenn die Forderung vor dem 14. Februar 1924 bedingt ist, es sei denn, daß es sich um einen Uebertrag im Wege der Erbfolge usw. handelt (§§ 19, 11, 12).

Schlusssatzung: Das vorstehende Merkblatt gibt nur die wichtigsten Fälle des Gesetzes wieder. Auf Berücksichtigung vieler Einzelfälle ist im Interesse der Übersichtlichkeit verzichtet worden. Dr. C.

Zum Kampf um die Selbstverwaltung der Schulen

Die Maulwürfe der Reaktion an der Arbeit

Brav, alter Maulwurf! Was ist so hurtig fort? O treiflicher Minister! — (Hamlet I. 5.)

Nach dem alten Jesuitengrundsatz „Der Zweck heiligt die Mittel“ haben die Gegner der Selbstverwaltung bisher eine Reihe unehrer Mittel angewandt, um der verhassten Selbstverwaltung, der sie anscheinend mit launigen Gründen nicht mit Erfolg zu Leibe rufen konnten, von hinten herum den Garau zu machen. Ja, man schenkte sich durchaus nicht, einen Artikel

des Kreisraths Ballerstaedt, Hamburg, durch Kürzungen und Änderungen des Zusammenhanges so zu entstellen, daß aus einer warmen Kundgebung für die Selbstverwaltung das Gegenteil wurde. Und dieses Machwerk durfte Herrschaft beherrschte man der Lübecker Öffentlichkeit im Lübecker General-Anzeiger und in den Lübecker Blättern kurz vor der Bürgerchaftsverhandlung, die sich mit der Selbstverwaltung befaßten sollte. — Auch jetzt ist wieder ein Dunkelmann an der Arbeit, der sich Mühe gibt, den Kampf um die Selbstverwaltung ins Unschöne zu verwickeln, der Selbstverwaltung ein rotes Mäntelchen umzuhängen und die noch nicht vergessenen Leiden und Schlägen des letzten Volksentscheidens gegen sie mobil zu machen. Es handelt sich um ein Eingeladn, das in Nr. 281 des Lüb. General-Anzeigers unter der Rubrik „Beschwerden und Wünsche“ veröffentlicht und mit N. N. unterzeichnet ist.

Der Verfasser beschäftigt sich der Reihe nach mit dem Elternrat, dem Schulbeirat und dem Schulleiter. Mit dem Elternrat scheint er sich abgefunden zu haben; er erwartet „gewaltige Segensströme“ von ihnen. Nun also. Über die Ausführungen über den Schulbeirat sind schon deutlicher die „Lübe“ in der Bürgerchaft fordern den Schulbeirat, so meint der Einsender, und bezeichnet ihn als „Behörde“, „Schulbürgerchaft“, „Nebenbehörde“. Nach einer Abhandlung über wahre Demokratie (nämlich die, wie er sie auffaßt) köpft er den Schrei nach dem „starken Mann“ aus und ergreift sich in allerhand gänzlich abwegigen Betrachtungen, um zum Schluß zu folgern, daß für die Schaffung eines Schulbeirats nur ein politischer Grund vorhanden sein müsse, da ihm andere Gründe nicht plausibel seien. — Dazu ist folgendes zu sagen: Der Schulbeirat soll nach den Wünschen der Bürgerchaftsmehrheit weder Behörde, noch Nebenbehörde, noch Schulbürgerchaft sein. Er soll nur eine vorbereitende Instanz sein, die der Oberbehörde in Schulfragen beratend zur Seite stehen soll und die Aufklärung über Erziehungs- und Unterrichtsarbeit fördern soll. Da der Schulbeirat keine Entscheidungen endgültiger Art zu fällen hat — diese verbleiben nach wie vor der Oberbehörde — fallen die Voraussetzungen für die drei Eheranmen fort. Ich sehe in dem Schulbeirat die höchste Zusammenfassung der Eltern- und Lehrerarbeit, eine Einigung aller Erziehungsaktoren zu gemeinsamer Arbeit. Also warum sollen denn hier die „gewaltigen Segensströme“ nicht fließen? Tragen die Aufgaben der Bürgerchaft aber oder die Oberbehörde können nie den Schulbeirat ersetzen; denn ihre Zusammenfassung ist durchaus nicht so, daß man ihre Mitglieder ohne weiteres als Vertreter der Elternschaft und Lehrerschaft schlechthin bezeichnen könnte. Mit demselben Recht könnte man die Oberbehörde oder die Betriebsbehörde die Funktionen des Schulbeirats übernehmen lassen, weil deren Mitglieder vielfach auch „Eltern“ sind. Gerade die Zusammenfassung des Schulbeirats aus einer Lehrerschaft und Elternschaft, deren Mitglieder aus den Elternräten aller Schulen erwählt sind, also praktisch in allen Schulfragen mitarbeiten, verleiht ihm zuerst seinen Wert und zeigt deutlich, daß die Forderung nach dem Schulbeirat aus pädagogischen, nicht aus politischen Gründen erhoben wird. — Uebrigens kommt es mir gar nicht so merkwürdig vor, wenn man auch für andere Behörden einen Beirat fordert. Es scheint dem Einsender nicht bekannt zu sein, daß beim Polizeiamt z. B. ein solcher Beirat besteht, der im Einzelfall die berufenen Vertreter der in Frage kommenden Kreise hört, ehe eine Verfügung erlassen wird.

Am deutlichsten aber wird der Herr Einsender in seinen Bemerkungen zu dem Punkt „Schulleiter“. Unter Anführung einzelner Stellen aus meiner Rede in der Bürgerchaftssitzung vom 2. 11. 25 versucht er, mir allerdings zu unterstellen, was ihm in den Plan paßt. Zunächst, verehrt Herr N. N., einige Worte über die „alte“ Schule. Unter „alter Schule“ verstehe ich die typische Schule des 19. Jahrhunderts, durch die unsere Eltern und wir hindurchgegangen sind, Volksschule wie höhere Schule. Ich meine aber keinesfalls damit einzelne Schulmänner vorgeführten Alters oder gar die Herren Schulleiter. Wo die Herren Rektoren sind in diesem Fall gar nicht angegriffen. Wenn Herr N. N. aus meiner Äußerung in der Bürgerchaft „Eine Kritik der Lehrer und Eltern an den heutigen Zuständen würde einsehen müssen, um die „alte“ Schule zu heben, d. h. zu beibehalten“ folgert, daß ich nicht die Schule gemeint habe, sondern die Schulleiter, so ist das ebenso abwegig wie seine weiteren Folgerungen, daß ich sogar die Beseitigung aller Schulbeamten und des Beamtenrechtes gemeint habe, von dort aus sei ja nur ein Schritt zur Beseitigung des Beamtenrechts. Ich kann dem Einsender nur die Fiktion des Buches von Herrn Prof. Kühnel „Die alte Schule“ empfehlen, falls er überhaupt belehrbar sein sollte, damit er erkenne, was der Begriff „alte Schule“ bedeutet. Da der Einsender aber, dem Schwingen seiner „Logik“ folgend, sofort auf den Volksentscheid zu sprechen kommt, bedauere ich, ihm sachlich nicht folgen zu können. Was hat denn die Selbstverwaltung der Schulen mit dem verstorbenen Volksentscheid zu tun? In dieser Form der Kampfesführung vermag ich beim besten Willen keine Sachlichkeit zu erkennen, sondern nur eine zwar plumpe, von keiner Logik getriebe, aber absichtliche Aufkündigung der öffentlichen Meinung. — Meine Partei ist seit der Staatsumwälzung stets für die Beamten und ihre Rechte eingetreten; sie hat an der Erhaltung der Beamtenrechte fraglos ein großes Interesse. Sie denkt absolut nicht an eine Beseitigung des Beamtenstandes, da dieser Stand nach der Revolution sich sozial in die Reihen der Arbeitnehmer eingruppiert hat, bezw. haben

sollte. Daß aber die SPD. für eine fortschrittliche Schulverwaltung eintritt, darf den Einsender erst recht nicht wundern, da sie schon vor dem Kriege und jederzeit für den Fortschritt auf dem Gebiete des Schulwesens eingetreten? Daß die „genannten“ „Bürgerlichen“ Parteien dafür keine Mehrheit aufbringen werden, erhellt ja zur Genüge aus ihrer inneren Struktur. Trotzdem sind auch Vertreter der bürgerlichen Parteien grundsätzlich für die Selbstverwaltung der Schulen eingetreten. Und das gereicht ihnen zur Ehre. Sie sehen also, verehrt Herr N. N., daß es keineswegs genügt, der Selbstverwaltung das rote Tuch umzuhängen. Sie müssen schon, wenn Sie etwas erreichen wollen, sachlich bleiben und mit sachlichen Gründen kommen — dann können Sie auch ruhig Ihre Ergüsse mit Ihrem, gemäß wohlklingenden Namen unterzeichnen. Zander.

Humor

„Eine kleine Gabe, um Gottes Christi willen und Barmherzigkeit.“ sagte der Meister im Bäckerdien, während der Meister alle Hände voll zu tun hatte, die Kunden abzufertigen. — „Da hast du einen Scherz“, erwiderte der Bäcker, „aber es war“ geschickter, wenn du arbeitest, anstatt die Leute zu belästigen.“ — „Was?“ Der Bettler redete sich hoch: „Nun, da will ich Ihnen was sagen: Einmal hatte ich im Sinne gehabt, mir für das Fünftägigenstück bei Ihnen Semmeln zu kaufen. Da Sie mich aber so dumm anreden, geh' ich jetzt zur Konkurrenz.“ („Liegende Blätter.“)

Ein wohlmeinender Verkehrspezialist hat einen „Kunige für die Elektrische“ verfaßt. Darin heißt es:

„Wenn du einen Sitzplatz erobert hast, überzeuge dich, ob nicht etwa eine Dame noch ohne Sitzplatz ist. Wenn du eine solche erpähst, läste — auch wenn sie häßlich ist — Hut und Gesicht mit einladender Gebärde.“ Ein seltsamer Kunige!

Arbeiter-Streit

Alle Zustimmten für diese Rubrik sind an den Sportigen Kog. Gornsch. Gr. Gropelstraße 29 nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

E.-P. Victoria von 08. Montag, den 7. Dezember, abends 1/7 Uhr, Abbruch vom Klubhotel Restaurant zum Sportheim nach der Beschlusse. Erhöhen ist Pflicht. N. 9, 1. 2.

Wetterbericht: Dr. Drast hen Gernate

Nachdruck verboten. Vorhersage für den 7. und 8. Dezember. Bei mäßigen bis stürmischen Winden aus westlichen Richtungen und meist bedecktem Himmel ist mit langwieriger Erwärmung und zeitweise mit leichten Schneefällen zu rechnen.

Schiffsnachrichten

Angelommene Schiffe
5. Dezember
Deutsch. E. Marise, Kapl. Künzel, von Kopenhagen, leer.
Abgegangene Schiffe
5. Dezember
Korn. D. Witz, Kapl. Willberg, nach Helsingfors, Stück. — Korn. D. Reag Alf, Kapl. Böhner, nach Oslo, Stück. — Schwed. D. Irene, Kapl. Carlsson, nach Kalmars, Stück. — Deutsch. D. Rudolf Otto Jppen 17, Kapl. Dreikler, nach Königsberg, Stück. — Schwed. D. Ludwig Kollberg, Kapl. Jacobson, nach Kopenhagen, Stück. — Deutsch. D. Wagner, Kapl. Mathieson, nach Stockholm, Stück. — Korn. D. Corona, Kapl. Danneberg, nach Santander, leer.
Lübeck-Wandurger Dampfschiffverkehrs-Gesellschaft.
Dampfer „Wiborg“, Kapl. Th. Schüge, ist am 5. Dezember von Danzig nach Riga abgegangen.



Rundfunk-Programm

Hamburger Sender — Wellenlänge 395 Meter

Dienstag, den 8. Dezember.
6.55 Uhr vorm.: Heilungsb. — 7 Uhr vorm.: Wetterfunk. Letzte Drahtmeldungen. — 7.30 Uhr vorm.: Wetterfunk. Landw. Meldungen. — 7.45 Uhr vorm.: Fünf Minuten Recht und Unrecht. — 12.15 Uhr nachm.: Funfbörse der Börse. — 12.55 Uhr nachm.: Kammerzeitung. — 1.10 Uhr nachm.: Schiffahrtsfunk. — 2.0 Uhr nachm.: Eisbericht. — 2.50 Uhr nachm.: Funfbörse der Börse. — 2.00 Uhr nachm.: Eisbericht. — 2.50 Uhr nachm.: Funfbörse der Börse. — 4 Uhr nachm.: Die Schiffe im Funk. Luftverkehrsmeldungen. — 5.05 Uhr nachm.: Landwirtschaft. — 6 Uhr abends: Funfbörse vom Hans Bödenrecht. — 7 Uhr abends: Schule der Landwirtschaft. „Männer vor nach Gelehrte hüten?“ Vortrag von Prof. Dr. Braun. — 7.30 Uhr abends: Schule der Sprachen: Englisch. — 7.55 Uhr abends: Wetterbericht. — 8 Uhr abends: Funf-Schell und Rauch. — 10 Uhr abends: Tanzfunk. Wetterbericht, Sportbericht.

Verantwortlich für Inhalt und Vollständigkeit: Dr. Fritz Seimig. Für Druck: Carl Vaidhardt Verlag. Carl Vaidhardt. Druck: Friedr. Vöner u. Co. sämtlich in Lübeck.

Amtlicher Teil

Der Senat hat den Hüner Johann Friedrich Rahts in Ruffe an Stelle des verstorbenen Privatmanns Johann Franz Andreas Bütt zum Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Ruffe ernannt. (7631)

Konkursöffnung

Ueber das Vermögen der Firma Rohstoffhandels-Gesellschaft mit Hauptsitz in Lübeck, Bahnhofsstraße Nr. 2, wird heute am 5. Dezember 1925, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Hahn in Lübeck, Breite Straße Nr. 44 wird zum Konkursverwalter ernannt.

Termin zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Befreiung eines Gläubigerantrags und die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet am 2. Januar 1926, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Januar 1926 bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet am 29. Januar 1926, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeb, nichts an die Gemeindefuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgefordert werden, bis zum 15. Januar 1926 Anzeige zu machen. Lübeck, den 5. Dezember 1925. (7647) Das Amtsgericht, Abt. 2

Konkursöffnung

Ueber das Vermögen der Aktiengesellschaft in Firma Droske & Carlens, Aktien-Gesellschaft für Bauausführungen in Lübeck, Schüsselbuden Nr. 16, wird heute am 5. Dezember 1925, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Bücherrevisor Carl Börner in Lübeck, Spillerstraße Nr. 9, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Termin zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Befreiung eines Gläubigerantrags und die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, findet am 2. Januar 1926, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.

Konkursforderungen sind bis zum 31. Januar 1926 bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet am 19. Februar 1926, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt. (7646)

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeb, nichts an die Gemeindefuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgefordert werden, bis zum 31. Januar 1926 Anzeige zu machen. Lübeck, den 5. Dezember 1925. Das Amtsgericht, Abt. 2.

Nachrichten für Seefahrer

Vor der Travemünde sind die Sommerfahrzeuge eingezogen und die Winterfahrzeuge ausgelegt. Die Expeditionen Lübeck A und Schwarze bleiben, solange es die Eisverhältnisse gestatten. Travemünde, 5. Dezember 1925. Des Seemannsamt

Bekanntmachung

Auf den Antrag des Vereins der Auto-, Fahrrad- und Nähmaschinenhändler für Lübeck und Umgebung wird auf Grund des § 100 der Gewerbeordnung hierdurch angeordnet, daß vom 15. Januar 1926 ab alle diejenigen, die im Lübeckischen Staatsgebiet das Fahrrad-, Nähmaschinen- und Kraftfahrzeug-Mechanikerhandwerk betreiben, einer unter dem Namen „Zwangsinnung der Kraftfahrzeuge, Fahrrad- und Nähmaschinenmechaniker für das Staatsgebiet Lübeck“ neu zu errichtenden Innung, die in der Stadt Lübeck ihren Sitz hat, als Mitglieder anzugehören haben. (7645)

Gegen den Erlaß dieser Anordnung steht den beteiligten Gewerbetreibenden nach § 100b der Gewerbeordnung binnen 4 Wochen die Beschwerde an den Senat zu.

Lübeck, den 3. Dezember 1925. Der Senatsauschuß für Gewerbe- und Versicherungswesen.

In dem Konkursverfahren

über das Vermögen des Kaufmanns Johann Hans Wilms, alleinigen Inhabers der Firma Johann Hans Wilms in Lübeck, 1. Wallstraße Nr. 15 b, wird Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf

Freitag, dem 18. Dezember 1925, vormittags 11 Uhr, im Gerichtshaus, Zimmer Nr. 9, anberaumt. Lübeck, den 1. Dezember 1925. (7615) Das Amtsgericht, Abt. II

Am 3. Dezember 1925 ist in das hiesige Verzeichnis der „Kettlerverein Lübeck“ eingetragen worden. (7614) Amtsgericht Lübeck

Öffentliche Versteigerung!

Am Mittwoch, dem 9. Dez., vorm. 9 Uhr, soll Kammerherrnborn an der Geniesstraße 1 Soljisonautomat Marke Raymard & Co. Nr. 2715, 60 mm Durchl. gegen Barzahlung versteigert werden. Wenzel. (7649) Gerichtsvollzieher

Öffentliche Versteigerung

am Mittwoch, dem 9. d. Mts., vorm. 9 Uhr, in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über:

- 1 Büffet, Salon- und Büchereigarn, Safas, Tische, Schreib- u. a. Tische, Stühle, Borte, Chaiselongue, 1 Klavier, 1 Schreibmaschine, 1 Mignon, Büromöbel, Spiegel, 1 Kupferdruckpresse, 1 Brillantring, 1 Brosche in Brillanten, 1 Otfeller, 1 Dezimal-u. 3 Tafelwagen m. Gem., Delgemälde, Ladentisch u. Reole, 1 Damen-fahrrad, Anzug- und Winterstoffe, 1 Partie Delc, 1 Partie Bohnermasse, Seife, Waschlappen, Bürsten, Holz-

1 Saß Weikwein

ca. 600 Liter. Der Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Teil

C. G. Schillings Mit Blitzlicht und Buchse Volks- und Jugend-Ausgabe Preis gebunden Mk. 4.50 Buchhandlung Lübecker Volksbote Johannisstr. 46 Metallbetten. Stahlmatr., Kinderbett, günstig a. Priv. Kat. 1698 fr. (7642) Chemische Fabrik W. (Tab.)